

**Studien zum vergleichenden Öffentlichen Recht**

---

**Studies in Comparative Public Law**

**Band / Volume 4**

# **Unternehmen zwischen Staat und Gesellschaft**

**Ein Rechtsvergleich zwischen Deutschland und  
Russland am Beispiel der Eisenbahnen**

**Von**

**Theresa Lauterbach**



**Duncker & Humblot · Berlin**

THERESA LAUTERBACH

Unternehmen zwischen Staat und Gesellschaft

Studien zum vergleichenden Öffentlichen Recht

Studies in Comparative Public Law

Band / Volume 4

# Unternehmen zwischen Staat und Gesellschaft

Ein Rechtsvergleich zwischen Deutschland und  
Russland am Beispiel der Eisenbahnen

Von

Theresa Lauterbach



Duncker & Humblot · Berlin

Die Juristische Fakultät der Universität Passau hat diese Arbeit  
im Jahre 2017 als Dissertation angenommen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in  
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten  
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten  
© 2018 Duncker & Humblot GmbH, Berlin  
Satz: 3w+p GmbH, Ochsenfurt-Hohestadt  
Druck: CPI buchbücher.de GmbH, Birkach  
Printed in Germany

ISSN 2511-9648  
ISBN 978-3-428-15413-5 (Print)  
ISBN 978-3-428-55413-3 (E-Book)  
ISBN 978-3-428-85413-4 (Print & E-Book)

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier  
entsprechend ISO 9706 ☼

Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

*Meinem Vater*



## **Vorwort**

Die vorliegende Arbeit wurde im Juli 2017 von der Juristischen Fakultät der Universität Passau als Dissertation angenommen. Für die Veröffentlichung wurde der Stand der Gesetzgebung, Rechtsprechung und Literatur bis Januar 2018 berücksichtigt.

Mein tief empfundener Dank gilt in erster Linie meinem Doktorvater, Herrn Prof. Dr. Urs Kramer, für das Interesse an dem Thema der Doktorarbeit, den wertvollen fachlichen Austausch und die überaus engagierte Betreuung auf dem Weg zur Promotion. Herrn Prof. Dr. Hans-Georg Dederer danke ich sehr herzlich für die rasche Erstellung des Zweitgutachtens.

Besonders dankbar bin ich der Hanns-Seidel-Stiftung e.V., die diese Arbeit durch ein Begabtenstipendium aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert hat.

München, im Mai 2018

*Theresa Lauterbach*





# Inhaltsübersicht

*Erster Teil*

## **Die Entwicklung des Kriteriums der demokratischen Legitimation für die Einordnung eines Unternehmens in die staatliche oder gesellschaftliche Sphäre**

<b>§ 1 Einführung</b> .....	45
A. Der Problemaufriss .....	45
B. Der bisherige Forschungsstand .....	47
C. Die Zielsetzung und Vorgehensweise .....	49
D. Prämissen .....	50
E. Begrifflichkeiten und Klarstellungen .....	52
F. Die wirtschaftspolitische Einordnung .....	53
<b>§ 2 Formale Kriterien für die Einordnung eines Unternehmens in die staatliche oder gesellschaftliche Sphäre</b> .....	57
A. Die Zweiteilung des Rechts als Grundlage der formalen Abgrenzung .....	57
B. Die Rechtsform als Abgrenzungskriterium .....	62
C. Die Handlungsform als Abgrenzungskriterium .....	119
<b>§ 3 Materielle Kriterien für die Einordnung eines Unternehmens in die staatliche oder gesellschaftliche Sphäre</b> .....	165
A. Das Eigentum als Abgrenzungskriterium .....	165
B. Die staatliche Aufgabe als Abgrenzungskriterium .....	177
<b>§ 4 Spezifisch verfassungsrechtliche Kriterien für die Einordnung eines Unternehmens in die staatliche oder gesellschaftliche Sphäre</b> .....	202
A. Die Grundrechte als Abgrenzungskriterium .....	202

B. Das Demokratieprinzip und die demokratische Legitimation als Abgrenzungskriterium .....	286
--	-----

*Zweiter Teil*

**Die Anwendung des Kriteriums  
der demokratischen Legitimation  
auf die Beispielsunternehmen „DB AG“ und  
„RŽD OAGR“ zur Einordnung in die staatliche  
bzw. gesellschaftliche Sphäre**

<b>§ 5 Die Eisenbahnen als Beispielsunternehmen .....</b>	<b>325</b>
A. Kurzer geschichtlicher Überblick .....	325
B. Die Anwendung geläufiger Abgrenzungskriterien auf die DB AG und die RŽD ..	330
<b>§ 6 Die Anwendung des Kriteriums der demokratischen Legitimation auf die Eisenbahnunternehmen .....</b>	<b>336</b>
A. Der völkerrechtliche und verfassungsrechtliche Rahmen für die Einflussnahme des Staates auf „seine“ Eisenbahnen nach Maßgabe des Demokratieprinzips ...	336
B. Die externen Regulierungsmittel als staatliche Einflussnahme auf die Eisenbahnunternehmen .....	356
C. Die gesellschaftsrechtlichen Sonderregeln für den Staat als Mittel staatlicher Einflussnahme .....	364
D. Die staatliche Einflussnahme im Rahmen des geltenden Gesellschaftsrechts ...	372
E. Zusammenfassung und Ergebnis der Anwendung des Kriteriums der demokratischen Legitimation auf die Beispielsunternehmen .....	417
<b>§ 7 Ausblick und Schlussbemerkungen .....</b>	<b>421</b>
A. Die Relevanz der Einordnung eines Unternehmens in die staatliche oder gesellschaftliche Sphäre .....	421
B. Fazit .....	423
C. Die wesentlichen Ergebnisse .....	425
<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>433</b>
<b>Stichwortverzeichnis .....</b>	<b>480</b>

# Inhaltsverzeichnis

*Erster Teil*

## **Die Entwicklung des Kriteriums der demokratischen Legitimation für die Einordnung eines Unternehmens in die staatliche oder gesellschaftliche Sphäre**

<b>§ 1 Einführung</b> .....	45
A. Der Problemaufriss .....	45
B. Der bisherige Forschungsstand .....	47
I. Die russische Literatur .....	47
II. Die deutsche Literatur .....	48
C. Die Zielsetzung und Vorgehensweise .....	49
D. Prämissen .....	50
E. Begrifflichkeiten und Klarstellungen .....	52
F. Die wirtschaftspolitische Einordnung .....	53
I. Der Staat in der Wirtschaft .....	53
II. Die Aktualität des Beispiels der Eisenbahnen .....	56
<b>§ 2 Formale Kriterien für die Einordnung eines Unternehmens in die staatliche oder gesellschaftliche Sphäre</b> .....	57
A. Die Zweiteilung des Rechts als Grundlage der formalen Abgrenzung .....	57
I. Die Situation in Deutschland .....	57
II. Die Situation in Russland .....	60
III. Zusammenfassung und Vergleich .....	61
B. Die Rechtsform als Abgrenzungskriterium .....	62
I. Die Situation in Deutschland .....	62
1. Der Zuweisungsgehalt der Rechtsform .....	62
a) Die öffentlich-rechtliche Organisationsform als Beleg für die Staat- lichkeit eines Unternehmens .....	62
b) Die privatrechtliche Organisationsform als Beleg für das gesellschaft- liche Substrat einer Organisation .....	64

c) Exkurs: Die Formenwahlfreiheit der Verwaltung und das Verwaltungsprivatrecht .....	65
d) Zwischenergebnis .....	66
2. Öffentlich-rechtliche Ausprägungen staatlicher Wirtschaftstätigkeit .....	67
a) Die juristischen Personen des Öffentlichen Rechts .....	67
b) Unselbstständige Formen staatlicher Wirtschaftstätigkeit .....	69
3. Privatrechtliche Formen staatlicher Wirtschaftstätigkeit .....	69
a) Die OHG, GbR und KG als Personengesellschaften .....	69
b) Die GmbH als Kapitalgesellschaft .....	70
c) Die AG als Kapitalgesellschaft .....	70
II. Die Situation in Russland .....	71
1. Die Konzeption der juristischen Person im Zivilrecht .....	71
a) Der rechtstheoretische Hintergrund .....	71
b) Gesetzliche Verankerung der Figur im Zivilrecht .....	74
2. Für die staatliche Wirtschaftsbeteiligung relevante Organisationsformen .....	75
a) Der Staat und seine Organe .....	76
aa) Die öffentlich-rechtlichen Gebilde (publično-pravovye obrazovani- nija) .....	76
bb) Die Staatsorgane .....	76
b) Vom Staat gegründete juristische Personen .....	79
aa) Die unitarischen und fiskalischen Betriebe (unitarnye i kazennye predprijatija) .....	79
bb) Die staatlichen Korporationen (gosudarstvennyye korporacii) .....	81
cc) Die staatlichen Kompanien (gosudarstvennyye kompanii) .....	85
dd) Die Aktiengesellschaften mit staatlicher Beteiligung (akcionernye obščestva s gosudarstvennym učastiem) .....	85
ee) Die öffentlich-rechtliche Kompanie (publično-pravovaja kompa- nija) .....	88
3. Die Konstruktion der juristischen Person des Öffentlichen Rechts .....	89
a) Der rechtstheoretische Hintergrund .....	89
b) Der Status quo der Gesetzeslage .....	90
c) Die Position staatlicher Stellen zur Konzeption der juristischen Person des Öffentlichen Rechts .....	91
aa) Die Vorschläge der Präsidialverwaltung .....	91
bb) Die Beschlüsse der Staatsduma .....	92
cc) Die Gesetzesentwürfe des Ministeriums für wirtschaftliche Ent- wicklung .....	93
(1) Der Entwurf zur Reform des ZGBRF .....	93
(2) Entwurf zum Gesetz „Über die öffentlich-rechtlichen Kompa- nien“ .....	94

d) Die tatsächliche Einführung der öffentlich-rechtlichen Kompanie im Jahr 2016 .....	95
e) Die Diskussion der Literatur um das „Ob“ der juristischen Person des Öffentlichen Rechts .....	96
f) Die Diskussion der Literatur um das „Wie“ der juristischen Person des Öffentlichen Rechts .....	98
aa) Notwendigkeit einer Regelung im ZGBRF .....	98
bb) Die unter den Begriff der „juristischen Person des Öffentlichen Rechts“ fallenden Rechtssubjekte .....	99
(1) Rechtliche Sonderformen als Prototypen der juristischen Person des Öffentlichen Rechts .....	99
(2) Der Staat und seine Organe als Prototypen der juristischen Person des Öffentlichen Rechts .....	100
(3) Die staatlichen Korporationen und Kompanien, die öffentlich-rechtlichen Kompanien bzw. nicht-kommerziellen Organisationen als Prototypen der juristischen Person des Öffentlichen Rechts .....	101
cc) Die wesentlichen Merkmale der juristischen Person des Öffentlichen Rechts .....	102
(1) Der Gründungsakt der juristischen Person als entscheidendes Kriterium .....	103
(2) Die Eigentumsverhältnisse der juristischen Person als entscheidendes Kriterium .....	103
(3) Funktionale und organisationsrechtliche Merkmale der juristischen Person als entscheidende Kriterien .....	104
(4) Autonomiefragen der juristischen Person als entscheidendes Kriterium .....	105
(5) Zwischenergebnis .....	105
g) Das Verhältnis der juristischen Person des Öffentlichen Rechts zur Aktiengesellschaft in öffentlicher Hand .....	106
aa) Die Nähe der zu 100 % vom Staat gehaltenen Aktiengesellschaft zum unitarischen Betrieb .....	106
bb) Die Nähe der zu 100 % vom Staat gehaltenen Aktiengesellschaft zur staatlichen Kompanie .....	107
cc) Die Umwandlung staatlicher Korporationen in zu 100 % staatlich gehaltene Aktiengesellschaften .....	109
dd) Das Verhältnis der zu 100 % staatlich gehaltenen Aktiengesellschaften zu der neuen Rechtsform der öffentlich-rechtlichen Kompanie .....	110
ee) Die kommerzielle Aktiengesellschaft als juristische Person des Öffentlichen Rechts .....	111
4. Die staatliche Verwaltung in Privatrechtsform .....	113
III. Zusammenfassung und Vergleich .....	116

C. Die Handlungsform als Abgrenzungskriterium	119
I. Die Situation in Deutschland	119
1. Die Handlungsformen der öffentlichen Verwaltung	119
a) Der Grundsatz der öffentlich-rechtlichen Handlungsform der Verwaltung	119
b) Die Wahlfreiheit der Verwaltung bezüglich der Handlungsform	120
c) Das Verwaltungsprivatrecht und weitere Publizierungstendenzen	121
d) Das fiskalische Handeln des Staates	124
aa) Die Fiskustheorie	124
bb) Die Fiskalgeltung der Grundrechte und Modifizierungen des Verwaltungsprivatrechts	125
e) Zwischenergebnis	127
2. Die Handlungsformen „Privater“	127
a) Der Grundsatz der privatrechtlichen Handlungsform „Privater“	127
b) Die hoheitlichen Handlungsformen „Privater“ als Ausnahme	127
aa) Die Beleihung als Ausstattung einer Person mit Hoheitsbefugnissen	127
bb) Exkurs: Die Beleihung formal privatisierter Unternehmen	128
cc) Die Beleihung als staatlicher Kompetenzentscheid	129
dd) Die Beleihung als parlamentarische Legitimation	130
c) Zwischenergebnis	132
II. Die Situation in Russland	132
1. Die Handlungsformen der öffentlichen Verwaltung	132
a) Die Ausgangslage	132
aa) Der Grundsatz der rein öffentlich-rechtlichen Handlungsformen der Verwaltung	132
bb) Exkurs: Die Unzulässigkeit privatrechtlicher Handlungen im Bereich staatlicher Vermögensverwaltung	133
(1) Die „russische Zweistufentheorie“	134
(2) Das Verwaltungsprivatrecht und die „Umdeutungstheorie“	136
(3) Ergebnis des Exkurses	137
cc) Das privatrechtliche Handeln als Attribut des zur Gesellschaft zugehörigen Fiskus	138
(1) Die historische Rezeption der Fiskustheorie	138
(2) Die gesetzliche Verankerung des Fiskus	140
(3) Das „Erbe“ der Fiskustheorie in der Rechtsprechung	141
(4) Das „Erbe“ der Fiskustheorie in der Literatur	142
(5) Die systematischen Widersprüche zur Fiskustheorie	144
(6) Zwischenergebnis	146

- b) Die jüngeren Entwicklungen und das Aufbrechen der bisherigen Traditionen ..... 146
  - aa) Das privatrechtliche Handeln in der staatlichen Sphäre und die Wahlfreiheit bei der Handlungsform ..... 146
  - bb) Die Infragestellung der Gleichstellung des Fiskus als gesellschaftliche Seite des Staates mit dem Bürger ..... 148
    - (1) Der Rückzug des Staates aus der wirtschaftlichen Tätigkeit ... 148
    - (2) Die Verbesserung der Umsetzung des Gleichheitsprinzips ... 149
    - (3) Das Aufbrechen der rechtlichen Gleichheit des Staates in Zivilrechtsbeziehungen ..... 149
  - c) Zusammenfassung und Stellungnahme ..... 150
- 2. Die Handlungsformen „Privater“ ..... 152
  - a) Die Gesetzeslage ..... 152
  - b) Die Rechtsprechung zur Übertragung von Hoheitsbefugnissen ..... 153
    - aa) Grundsatz und Ausnahme ..... 153
    - bb) Die Frage der Staatlichkeit der Privatrechtssubjekte mit Hoheitsbefugnissen ..... 154
  - c) Der Stand der Literatur ..... 157
    - aa) Die Verfassungswidrigkeit der Übertragung von Hoheitsbefugnissen ..... 157
    - bb) Das Hineinziehen der „Hoheitsträger“ in die staatliche Sphäre ... 158
  - d) Eigene Stellungnahme ..... 160
- III. Zusammenfassung und Vergleich ..... 161

**§ 3 Materielle Kriterien für die Einordnung eines Unternehmens in die staatliche oder gesellschaftliche Sphäre ..... 165**

- A. Das Eigentum als Abgrenzungskriterium ..... 165
  - I. Die Situation in Deutschland ..... 165
    - 1. Die Eigengesellschaften ..... 165
    - 2. Die gemischtwirtschaftlichen Unternehmen ..... 168
  - II. Die Situation in Russland ..... 171
    - 1. Das Eigentum als bestimmender Faktor in der russischen Gesetzgebung 171
    - 2. Die Bedeutung des staatlichen Eigentums ..... 172
      - a) Das staatliche Eigentum als die materielle Basis der Verwaltung ..... 172
      - b) Das staatliche Eigentum an juristischen Personen ..... 172
        - aa) Das Eigentum an staatlichen Korporationen ..... 173
        - bb) Das Eigentum an Aktiengesellschaften als Objekt der Verwaltung 175
  - III. Zusammenfassung und Vergleich ..... 176



B. Die staatliche Aufgabe als Abgrenzungskriterium .....	177
I. Die Situation in Deutschland .....	177
1. Die materielle Aufgabenbestimmung .....	177
a) Die Position der Rechtsprechung .....	177
b) Die Position der Literatur .....	178
c) Eigene Stellungnahme .....	179
2. Die formale Aufgabenbestimmung .....	181
3. Eigene Stellungnahme .....	183
II. Die Situation in Russland .....	185
1. Das System der Staatsorgane im engeren Sinne .....	185
2. Das System der Verwaltung im weiteren Sinne .....	187
a) Die funktionale Bestimmung der Staatlichkeit .....	187
aa) Die Rechtslage .....	187
bb) Die Position der Literatur .....	187
cc) Die Position der Rechtsprechung .....	188
dd) Zwischenergebnis .....	190
b) Die Untauglichkeit des funktionalen Kriteriums für die Zuordnung zur Staatlichkeit .....	191
aa) Die gesetzlichen Wertungen .....	191
bb) Die Rechtsprechung des VerfGRF .....	192
cc) Kritische Literaturstimmen .....	192
3. Die Übertragung von Verwaltungsaufgaben auf „echte“ Private .....	193
a) Der sowjetische Ansatz und seine Anwendung .....	193
b) Die Delegation staatlicher Aufgaben auf Private .....	194
c) Outsourcing im Sinne der Verwaltungsreform .....	196
d) Die Furcht vor der Privatisierung der Verwaltung in der Literatur .....	196
4. Eigene Stellungnahme .....	198
III. Zusammenfassung und Vergleich .....	200
<b>§ 4 Spezifisch verfassungsrechtliche Kriterien für die Einordnung eines Unterneh-</b> <b>mens in die staatliche oder gesellschaftliche Sphäre .....</b>	<b>202</b>
A. Die Grundrechte als Abgrenzungskriterium .....	202
I. Die Situation in Deutschland .....	202
1. Die Grundrechtsberechtigung .....	202
a) Die ausschließliche Grundrechtsberechtigung des gesellschaftlichen Substrats .....	202
aa) Das Konfusionsargument .....	203
bb) Das Handeln auf Grund von Kompetenzen .....	203
cc) Der Durchgriffsgedanke .....	204
b) Die Ausnahmentrias des BVerfG und deren Erweiterungsfähigkeit .....	206

- c) Das Gegenkonzept zur Grundrechtsdogmatik des BVerfG: Die grundrechtstypische Gefährdungslage ..... 208
- d) Die Kritik an der Analogiefähigkeit der Ausnahmen und an dem Gegenkonzept ..... 209
  - aa) Die fehlende Analogiefähigkeit der Ausnahmentrias ..... 209
  - bb) Der fehlende Grundrechtsschutz für die Außenrechtsbeziehungen ..... 210
  - cc) Der fehlende Grundrechtsschutz der gewerbetreibenden öffentlichen Hand ..... 211
- e) Zwischenergebnis ..... 212
- f) Die Grundrechtsberechtigung im europäischen Kontext ..... 212
  - aa) Die Grundrechtsberechtigung europäischer Unternehmen in staatlicher Hand ..... 212
  - bb) Die Grundrechte aus der EMRK ..... 213
    - (1) Das Verhältnis des GG zur EMRK ..... 213
    - (2) Das Verhältnis zwischen der Rechtsprechung des BVerfG und des EGMR ..... 214
    - (3) Die Berechtigung staatlicher Organisationen im Sinne der EMRK nach der Rechtsprechung des EGMR ..... 214
  - cc) Die Grundrechte aus der GRCh ..... 216
    - (1) Das grundsätzliche Verhältnis des EU-Rechts zum deutschen Recht ..... 216
    - (2) Der Anwendungsbereich der GRCh ..... 217
    - (3) Die Grundrechtsberechtigung des Nationalstaats und seiner Einrichtungen durch die GRCh ..... 219
  - dd) Zwischenergebnis zu den europäischen Einflüssen ..... 222
- g) Eigene Stellungnahme zur Grundrechtsberechtigung in Deutschland ..... 222
- 2. Die Grundrechtsbindung ..... 225
  - a) Die ausschließliche Grundrechtsbindung des Staates ..... 226
  - b) Die Grundrechtsbindung gesellschaftlicher Akteure ..... 227
    - aa) Der Ansatz der unmittelbaren Drittwirkung der Grundrechte ..... 227
    - bb) Der Ansatz der mittelbaren Drittwirkung der Grundrechte als objektive Werteordnung ..... 229
    - cc) Der Ansatz der mittelbaren Drittwirkung der Grundrechte über die Konstruktion der Schutzpflichten des Staates ..... 231
    - dd) Der Ansatz der Funktionsnachfolge ..... 232
      - (1) Die privatisierten Nachfolgeunternehmen in den Bereichen Post, Bahn und Telekommunikation ..... 232
      - (2) Die Funktionsnachfolge des „einfachen“ Privaten ..... 233
  - c) Die europäischen Tendenzen zur Drittwirkung der Grundrechte ..... 235
    - aa) Die Drittwirkung der Konventionsgrundrechte ..... 235
    - bb) Die Drittwirkung der GRCh ..... 237
      - (1) Die Wirkung der Grundrechte im Rahmen von Grundfreiheiten ..... 238

(2) Die Wirkung der Grundrechte im Rahmen der Umsetzung von Richtlinien .....	239
d) Eigene Stellungnahme: Rechtsfolgenorientierter Ansatz der Schaffung einer grundrechtstypischen Gefährdungslage (durch Private für Private)	241
3. Zwischenergebnis .....	245
II. Die Situation in Russland .....	245
1. Die Grundrechtsberechtigung .....	245
a) Die juristischen Personen als Grundrechtsträger .....	245
aa) Der Verfassungstext als Ausgangspunkt .....	245
bb) Die wesensmäßige Anwendbarkeit der Grundrechte auf juristische Personen .....	247
(1) Der anthropozentrische Ansatz .....	247
(2) Die Kritik am Abstellen auf das Wesen der Grundrechte als solcher .....	249
cc) Eigene Stellungnahme .....	251
b) Der Staat als Grundrechtsträger .....	251
aa) Die öffentlich-rechtlichen Gebilde und die kommunalen Organisationen .....	252
(1) Die Rechtsprechung .....	252
(2) Die Literaturstimmen .....	254
bb) Die unitarischen Betriebe .....	255
(1) Die Rechtsprechung .....	255
(2) Die Literaturstimmen .....	256
c) Eigene Stellungnahme .....	258
aa) Die öffentlich-rechtlichen Gebilde .....	258
bb) Die unitarischen Betriebe .....	261
cc) Ergebnis .....	262
d) Die europäischen Einflüsse auf die Frage der Grundrechtsberechtigung	262
aa) Die Stellung der EMRK als völkerrechtlicher Vertrag in der RF bis 2015 .....	262
(1) Die Rechtslage .....	262
(2) Die wissenschaftliche Diskussion und die Rechtsprechungspraxis .....	263
bb) Die Position des VerfGRF seit 2015 .....	264
cc) Die Unanwendbarkeit der Grundrechte auf staatliche Organisationen nach der EMRK .....	265
e) Ergebnis .....	266
2. Die Grundrechtsbindung .....	267
a) Die vertikale Bindung der öffentlich-rechtlichen Gebilde und ihrer Organe an die Grundrechte .....	267
aa) Die positive Schutzfunktion .....	268

bb) Die negative Abwehrfunktion .....	269
cc) Die primäre Bindung des Gesetzgebers .....	270
dd) Die Bindung der Verwaltung .....	271
b) Die Bindung der mittelbaren und funktionalen privatrechtlichen Staatsverwaltung an die Grundrechte .....	272
aa) Die Ansicht der Literaturstimmen .....	272
bb) Die Ansicht der Rechtsprechung .....	273
cc) Eigene Stellungnahme .....	275
c) Die horizontale Bindung der Bürger an die Grundrechte .....	277
aa) Die unmittelbare Grundrechtsbindung .....	277
(1) Der Verfassungstext als Ausgangspunkt .....	277
(2) Die Rechtsprechung .....	279
(3) Die Literaturstimmen .....	280
bb) Die mittelbare Grundrechtsbindung .....	281
cc) Eigene Stellungnahme .....	283
d) Die Grundrechtsbindung im Zusammenhang mit der EMRK in Russ- land .....	283
e) Zwischenergebnis .....	283
III. Zusammenfassung und Vergleich .....	284
B. Das Demokratieprinzip und die demokratische Legitimation als Abgrenzungs- kriterium .....	286
I. Die Situation in Deutschland .....	286
1. Der bestimmende staatliche Einfluss als Abgrenzungskriterium .....	286
2. Das Demokratieprinzip als Maßstab des bestimmenden staatlichen Ein- flusses .....	288
3. Die Auseinandersetzung mit verwandten Literaturansätzen .....	290
a) Der Ansatz der demokratischen Legitimationsbedürftigkeit gemischt- wirtschaftlicher Unternehmen .....	290
aa) Die Darstellung des Ansatzes .....	290
bb) Die Kritik am Ansatz .....	291
b) Der Ansatz des formalen Aufgabenbefassungsakts und der staatlichen Fremdbestimmung .....	293
aa) Die Darstellung des Ansatzes .....	293
bb) Die Kritik am Ansatz .....	295
4. Die Auseinandersetzung mit möglicher Kritik am Kriterium des Demo- katieprinzips bzw. der demokratischen Legitimation .....	296
a) Der bestimmende Einfluss als nicht operationalisierbares Kriterium ..	296
b) Das Erfordernis demokratischer Legitimation des Handelns eines Un- ternehmens als Folge und nicht aus Voraussetzung seiner Staatlichkeit	297

c) Die verfassungsmäßige Eingliederung eines Unternehmens in die staatliche Sphäre als vermeintlich willkürliche Disposition des Staates über seine Bindungen	298
5. Der unauflösbare Gegensatz der Grundrechtsberechtigung einer Person und der gleichzeitigen demokratischen Legitimation ihres Handelns	299
6. Die Klarstellung des Kriteriums der demokratischen Legitimation	302
a) Die grundsätzlichen Implikationen des Demokratieprinzips für die Legitimation	302
b) Die Bestimmung des Legitimationsniveaus bei Kapitalgesellschaften	303
aa) Die Herabsetzung des Legitimationsniveaus	303
bb) Die Einschränkung des Demokratieprinzips	305
cc) Der tatsächliche und verrechtlichte Einfluss	307
II. Die Situation in Russland	309
1. Das Demokratieprinzip als verfassungsrechtliches Kriterium	309
a) Die Verfassungsprinzipien als Maßstab für die Abgrenzung der Sphären	309
b) Die demokratische Legitimation	311
2. Der Zusammenhang zwischen dem Demokratieprinzip und der Verwaltung staatlichen Eigentums	314
a) Die Grundsätze der Verwaltung staatlichen Eigentums: Das Spannungsverhältnis zwischen öffentlichem Zweck und Effizienzgrundsatz	314
b) Die staatliche Fremdbestimmung als Folge der Staatlichkeit eines Objekts öffentlicher Verwaltung	315
c) Die staatliche Fremdbestimmung als Merkmal der Staatlichkeit einer juristischen Person	317
d) Zwischenergebnis	319
3. Der Ansatz vom „Durchgriff auf den Staat“: Der unauflösbare Gegensatz von der Grundrechtsberechtigung einer Person und der gleichzeitigen demokratischen Legitimation ihrer Handlungen	320
III. Zusammenfassung und Vergleich	321

### *Zweiter Teil*

#### **Die Anwendung des Kriteriums der demokratischen Legitimation auf die Beispielsunternehmen „DB AG“ und „RZD OAGRF“ zur Einordnung in die staatliche bzw. gesellschaftliche Sphäre**

<b>§ 5 Die Eisenbahnen als Beispielsunternehmen</b>	<b>325</b>
A. Kurzer geschichtlicher Überblick	325
I. Die deutsche Eisenbahn	325
1. Das Sondervermögen „Deutsche Bundesbahn“	325

2. Die DB AG .....	327
II. Die russischen Eisenbahnen (Rossijskie železnye dorogi) .....	328
1. Die unitarischen Betriebe der russischen Eisenbahnen .....	328
2. Die RŽD OAGRf .....	329
III. Zusammenfassung und Vergleich .....	330
B. Die Anwendung geläufiger Abgrenzungskriterien auf die DB AG und die RŽD	330
I. Die Einordnung der DB AG .....	330
1. Die formalen Kriterien .....	330
2. Die materiellen Kriterien .....	331
3. Die Grundrechte als verfassungsrechtliches Kriterium .....	332
II. Die Einordnung der RŽD .....	333
1. Die formalen Kriterien .....	333
2. Die materiellen Kriterien .....	334
3. Die Grundrechte als verfassungsrechtliches Kriterium .....	335
III. Zusammenfassung und Vergleich .....	335
<b>§ 6 Die Anwendung des Kriteriums der demokratischen Legitimation auf die Eisenbahnunternehmen</b> .....	<b>336</b>
A. Der völkerrechtliche und verfassungsrechtliche Rahmen für die Einflussnahme des Staates auf „seine“ Eisenbahnen nach Maßgabe des Demokratieprinzips ...	336
I. Der unionsrechtliche und verfassungsrechtliche Rahmen für den staatlichen Einfluss auf die DB AG .....	336
1. Die unionsrechtlichen Determinanten des staatlichen Einflusses .....	336
a) Das Primärrecht .....	336
aa) Die Vorgaben für die öffentlichen Unternehmen im Verkehrsbereich	336
bb) Die Grundfreiheiten .....	337
b) Das Sekundärrecht und seine Umsetzung durch den nationalen Gesetzgeber .....	338
aa) Die Verkehrsunternehmen .....	339
bb) Die Infrastrukturunternehmen .....	341
2. Die verfassungsrechtlichen Determinanten des staatlichen Einflusses ...	342
a) Die verfassungsrechtlichen Aussagen über den staatlichen Einfluss auf die Infrastrukturunternehmen .....	343
aa) Der Art. 87e Abs. 3 S. 1 GG als Verbot staatlicher Einflussnahme auf die DB AG .....	343
bb) Die Notwendigkeit interner Einflussnahme des Staates aus Art. 87e Abs. 4 S. 1 GG i.V. mit Art. 87 Abs. 3 S. 2, 3 GG .....	345
cc) Die Argumente aus Art. 87e Abs. 4 S. 2 GG gegen eine interne Einflussnahme .....	348
dd) Die Ableitung des Gesellschaftszwecks der Infrastrukturunternehmen aus Art. 87e Abs. 4 S. 1 GG .....	349

ee) Zusammenfassende Stellungnahme .....	351
b) Die verfassungsrechtlichen Aussagen über den staatlichen Einfluss auf die Verkehrsunternehmen .....	352
II. Der völkerrechtliche und verfassungsrechtliche Rahmen für den staatlichen Einfluss auf die RŽD .....	354
1. Die völkerrechtlichen Determinanten des staatlichen Einflusses im Rahmen der Eurasischen Zoll- und Wirtschaftsunion .....	354
2. Die verfassungsrechtlichen Determinanten des staatlichen Einflusses .....	355
III. Zusammenfassung und Vergleich .....	355
B. Die externen Regulierungsmittel als staatliche Einflussnahme auf die Eisenbahnunternehmen .....	356
I. Die externe staatliche Einflussnahme auf die DB AG .....	356
1. Die Regulierung durch und auf Grund des AEG als externes Steuerungsmittel .....	356
2. Sonstige externe Regulierungsmöglichkeiten .....	358
3. Vertragliche Verpflichtungen als externes Steuerungsmittel .....	359
II. Die externe staatliche Einflussnahme auf die RŽD .....	360
1. Die gesetzlichen Einflussnahmemöglichkeiten des Staates durch Regulierung und Kontrolle .....	360
2. Die gesetzlichen Einflussnahmemöglichkeiten des Staates durch Zweckbindungen des Unternehmens .....	361
III. Zusammenfassung und Vergleich .....	363
C. Die gesellschaftsrechtlichen Sonderregeln für den Staat als Mittel staatlicher Einflussnahme .....	364
I. Das Verwaltungsgesellschaftsrecht in Deutschland .....	364
II. Das Verwaltungsgesellschaftsrecht in Russland .....	366
1. Das Verwaltungsgesellschaftsrecht als Privatisierungsfolgenrecht .....	366
2. Die außerordentlichen Rechte des Staates als Verwaltungsgesellschaftsrecht .....	368
a) Das Recht der „goldenen Aktie“ .....	368
b) Die Haltung eines Anteils im Stammkapital der Aktiengesellschaft .....	371
III. Zusammenfassung und Vergleich .....	371
D. Die staatliche Einflussnahme im Rahmen des geltenden Gesellschaftsrechts .....	372
I. Die gesellschaftsrechtliche staatliche Einflussnahme auf die DB AG .....	372
1. Die personellen Einflussmöglichkeiten des Staates als Eigentümer .....	372
a) Die personelle Einflussnahme des Staates über die Hauptversammlung .....	372
b) Die personelle Einflussnahme des Staates über den Aufsichtsrat .....	372
c) Die personelle Einflussnahme des Staates über den Vorstand .....	374

2. Die inhaltlich-sachlichen Einflussmöglichkeiten des Staates als Eigentümer	374
a) Die inhaltlich-sachliche Einflussnahme des Staates über die Satzung	374
aa) Der Unternehmensgegenstand	375
bb) Der Unternehmenszweck bzw. das Unternehmensziel	376
b) Die inhaltlich-sachliche Einflussnahme des Staates über die Hauptversammlung	379
c) Die inhaltlich-sachliche Einflussnahme des Staates über den Aufsichtsrat	380
aa) Die Befugnisse des Aufsichtsrats	380
bb) Die staatliche Einflussnahme auf die Entscheidungen des Aufsichtsrats	382
d) Die inhaltlich-sachliche Einflussnahme des Staates über den Vorstand	385
aa) Der „verrechtlichte“ Einfluss	385
bb) Der faktische Einfluss	386
3. Die Erweiterung der staatlichen Einflussnahmemöglichkeiten durch das Konzernrecht	389
a) Die öffentliche Hand als herrschendes Unternehmen i.S.d. § 17 AktG	389
b) Die Einflussmöglichkeiten des Staates im Vertragskonzern nach § 291 AktG	390
c) Die Einflussmöglichkeiten des Staates im faktischen Konzern nach §§ 311 ff. AktG	391
4. Zwischenergebnis	393
II. Die gesellschaftsrechtliche staatliche Einflussnahme auf die RZD	394
1. Die personellen Einflussmöglichkeiten des Staates als Eigentümer	394
a) Die personelle Einflussnahme des Staates über die Hauptversammlung	394
b) Die personelle Einflussnahme des Staates über den Direktorenrat	395
c) Die personelle Einflussnahme des Staates über die Geschäftsführung	397
2. Die inhaltlich-sachlichen Einflussmöglichkeiten des Staates als Eigentümer	398
a) Die inhaltlich-sachliche Einflussnahme des Staates über die Satzung	398
b) Die inhaltlich-sachliche Einflussnahme des Staates über die Hauptversammlung	399
c) Die inhaltlich-sachliche Einflussnahme des Staates über den Direktorenrat	400
aa) Die Weisungsrechte im Rahmen der „goldenen Aktie“	401
bb) Die Direktiven an staatliche Vertreter außerhalb der „goldenen Aktie“	402
cc) Die Vorteile der Direktiven aus öffentlich-rechtlicher Sicht	405
dd) Die Probleme der Weisungsgebundenheit	406
ee) Die unabhängigen Direktoren	408



ff) Die faktische Einflussnahme des Staates auf den Direktorenrat und die Entscheidungen der Gesellschaft .....	410
d) Die inhaltlich-sachliche Einflussnahme des Staates über die Geschäftsführung .....	412
3. Die Erweiterung der staatlichen Einflussnahmemöglichkeiten durch das Konzernrecht .....	412
a) Die Begrifflichkeiten .....	412
b) Die Weisungsrechte .....	414
c) Der Staat als Mutterkonzern .....	415
III. Zusammenfassung und Vergleich .....	415
E. Zusammenfassung und Ergebnis der Anwendung des Kriteriums der demokratischen Legitimation auf die Beispielsunternehmen .....	417
I. Zusammenfassung des Ergebnisses bezüglich der DB AG .....	417
II. Zusammenfassung des Ergebnisses bezüglich der RŽD .....	419
III. Gesamtergebnis .....	419
<b>§ 7 Ausblick und Schlussbemerkungen .....</b>	<b>421</b>
A. Die Relevanz der Einordnung eines Unternehmens in die staatliche oder gesellschaftliche Sphäre .....	421
I. Die Folgen der Einordnung eines Unternehmens in die gesellschaftliche Sphäre .....	421
II. Die Folgen der Einordnung eines Unternehmens in die staatliche Sphäre ..	422
B. Fazit .....	423
C. Die wesentlichen Ergebnisse .....	425
I. Die Ergebnisse des ersten Teils .....	425
II. Die Ergebnisse des zweiten Teils .....	430
<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>433</b>
<b>Stichwortverzeichnis .....</b>	<b>480</b>

# Abkürzungsverzeichnis

## I. Abkürzungen deutscher Gesetze

AEG	Allgemeines Eisenbahngesetz v. 27. 12. 1993 (BGBl. I S. 2378, 2396); zuletzt geändert durch Art. 2 Abs. 1 des Gesetzes vom 20. 07. 2017 (BGBl. I S. 2808).
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union in der Fassung der Bekanntmachung v. 09. 05. 2008 (ABl. v. 09. 05. 2008 Nr. C 115 S. 47 ff.); zuletzt geändert durch Art. 2 Änderungsbeschluss 2012/419/EU v. 11. 07. 2012 (ABl. Nr. L 204 S. 131 ff.).
AktG	Aktiengesetz v. 06. 09. 1965 (BGBl. I S. 1089 ff.); zuletzt geändert durch Art. 9 des Gesetzes v. 17. 07. 2017 (BGBl. I S. 2446 ff.).
BahnVermG	Gesetz über die vermögensrechtlichen Verhältnisse der Deutschen Bundesbahn (Bundesbahnvermögensgesetz) v. 02. 03. 1951 (BGBl. I S. 155 ff.).
BayGO	Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (Gemeindeordnung – GO) in der Fassung der Bekanntmachung v. 22. 08. 1998 (GVBl. S. 796, BayRS 2020-1-1-I), die zuletzt durch Art. 17a Abs. 2 des Gesetzes v. 13. 12. 2016 (GVBl. S. 335 ff.) geändert worden ist.
BayHO	Haushaltsordnung des Freistaats Bayern v. 08. 12. 1971 (BayRS 630-1-F), zuletzt geändert durch § 4 des Gesetzes v. 27. 11. 2017 (GVBl. S. 518 ff.).
BbahnG	Bundesbahngesetz v. 13. 12. 1951 (BGBl. I S. 955 ff.), zuletzt geändert durch Art. 512 der Verordnung v. 31. 08. 2015 (BGBl. I S. 1474 ff.).
BetrVG	Betriebsverfassungsgesetz v. 11. 10. 1952 (BGBl. I, S. 681 ff.), in der Fassung der Bekanntmachung v. 25. 09. 2001 (BGBl. I S. 2518 ff.), zuletzt geändert durch Art. 6 des Gesetzes v. 17. 07. 2017 (BGBl. I S. 2509 ff.).
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch v. 18. 08. 1896, in der Fassung der Bekanntmachung v. 02. 01. 2002 (BGBl. I S. 42, 2909; 2003 I S. 738 ff.), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes v. 20. 07. 2017 (BGBl. I S. 2787 ff.).
BHO	Bundeshaushaltsordnung v. 19. 08. 1969 (BGBl. I S. 1284 ff.), zuletzt geändert durch Art. 11 des Gesetzes v. 14. 08. 2017 (BGBl. I S. 3122 ff.).
BV	Verfassung des Freistaats Bayern in der Fassung der Bekanntmachung v. 15. 12. 1998 (GVBl. S. 991, 992, BayRS 100-1-I), zuletzt geändert durch Gesetz v. 11. 11. 2013 (GVBl. S. 638 ff.).
BVerfGG	Gesetz über das Bundesverfassungsgericht (Bundesverfassungsgerichtsgesetz) v. 12. 03. 1951 (BGBl. I S. 625 ff.) in der Fassung der Bekanntmachung v. 11. 08. 1993 (BGBl. I S. 1473 ff.), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes v. 08. 10. 2017 (BGBl. I S. 3546 ff.).
DBGrG	Gesetz über die Gründung einer Deutsche Bahn Aktiengesellschaft (Deutsche Bahn Gründungsgesetz) v. 27. 12. 1993 (BGBl. I S. 2378, 2386; 1994 I S. 2439 ff.), zuletzt geändert durch Art. 515 Zehnte Zuständigkeitsanpassungsverordnung v. 31. 08. 2015 (BGBl. I S. 1474 ff.).
EMRK	Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten) v. 4. 11. 1950 (BGBl. 1952 II S. 686 ff.), in der Fassung der Bekanntmachung v.

	22.10.2010 (BGBl. II S. 1198 ff.), zuletzt geändert durch das 15. EMRK-Protokoll v. 24.06.2013 (BGBl. 2014 II S. 1034 ff.).
ENeuOG	Gesetz zur Neuordnung des Eisenbahnwesens (Eisenbahnneuordnungsgesetz) v. 27.12.1993 (BGBl. I S. 2378; 1994 I S. 2439 ff.), zuletzt geändert durch Art. 107 des Gesetzes v. 08.07.2016 (BGBl. I S. 1594 ff.).
ERegG	Eisenbahnregulierungsgesetz vom 29.08.2016 (BGBl. I S. 2082).
EUV	Vertrag über die Europäische Union (EU-Vertrag) in der Fassung des Vertrages von Lissabon v. 13.12.2007 (ABl. Nr. C 306 S. 1 ff.), zuletzt geändert durch Art. 13, 14 Abs. 1 der EU-Beitrittsakte 2013 v. 09.12.2011 (ABl. 2012 Nr. L 112 S. 21 ff.).
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland v. 23.05.1949 (BGBl. S.1 ff.), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes v. 13.07.2017 (BGBl. I S. 2347 ff.).
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung in der Fassung der Bekanntmachung v. 20.05.1898 (RGrBl. S. 846), zuletzt geändert durch Art. 10 des Gesetzes v. 17.07.2017 (BGBl. I S. 2446 ff.).
GRCh	Charta der Grundrechte der Europäischen Union v. 12.12.2007 (BGBl. 2008 II S. 1165 ff.).
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen in der Fassung der Bekanntmachung v. 26.06.2013 (BGBl. I S. 1750 ff., 3245 ff.), zuletzt geändert durch Art. 10 Abs. 9 des Gesetzes v. 30.10.2017 (BGBl. I S. 3618 ff.).
MitbestG	Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer (Mitbestimmungsgesetz) v. 04.05.1976 (BGBl. I S. 1153 ff.), zuletzt geändert durch Art. 7 des Gesetzes v. 24.04.2015 (BGBl. I S. 642 ff.).
StGB	Strafgesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung v. 13.11.1998 (BGBl. I S. 3322 ff.), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes v. 30.10.2017 (BGBl. I S. 3618 ff.).
TVG	Tarifvertragsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung v. 25.08.1969 (BGBl. I S. 1323 ff.), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes v. 03.07.2015 (BGBl. I S. 1130 ff.).
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung in der Fassung der Bekanntmachung v. 19.03.1991 (BGBl. I S. 686 ff.), zuletzt geändert durch Art. 5 Abs. 2 des Gesetzes v. 08.10.2017 (BGBl. I S. 3546 ff.).
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz in der Fassung der Bekanntmachung v. 23.01.2003 (BGBl. I S. 102 ff.), zuletzt geändert durch Art. 11 Abs. 2 des Gesetzes v. 18.07.2017 (BGBl. I S. 2745 ff.).
WRV	Die Verfassung des Deutschen Reichs v. 11.08.1919 (RGrBl. S. 1383, ber. 1920 S. 328 ff.), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung der Reichsverfassung v. 17.12.1932 (RGrBl. I S. 547 ff.).

## II. Abkürzungen europäischer Richtlinien und Verordnungen

Richtlinie 2001/12/EG	Richtlinie 2001/12/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2001 zur Änderung der Richtlinie 91/440/EWG des
-----------------------	---

- Rates zur Entwicklung der Eisenbahnunternehmen der Gemeinschaft (ABl. v. 15.03.2001 Nr. L 75 S. 1 ff.).
- Richtlinie 2001/14/EG Richtlinie 2001/14/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2001 über die Zuweisung von Fahrwegkapazität der Eisenbahn und die Erhebung von Entgelten für die Nutzung von Eisenbahninfrastruktur (ABl. v. 15.03.2001 Nr. L 75 S. 29 ff.), zuletzt geändert durch Art. 65 der Änderungsrichtlinie 2012/34/EU v. 21.11.2012 (ABl. v. 14.12.2012 Nr. L 343 S. 32 ff.).
- Richtlinie 2004/109/EG Richtlinie 2004/109/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Dezember 2004 zur Harmonisierung der Transparenzanforderungen in Bezug auf Informationen über Emittenten, deren Wertpapiere zum Handel auf einem geregelten Markt zugelassen sind, und zur Änderung der Richtlinie 2001/34/EG (ABl. v. 31.12.2004 Nr. L 390 S. 38 ff.), zuletzt geändert durch Art. 1 der Änderungsrichtlinie 2013/50/EU v. 22.10.2013 (ABl. v. 06.11.2013 Nr. L 294 S. 13 ff.).
- Richtlinie 2006/111/EG Richtlinie 2006/111/EG der Kommission vom 16. November 2006 über die Transparenz der finanziellen Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten und den öffentlichen Unternehmen sowie über die finanzielle Transparenz innerhalb bestimmter Unternehmen (ABl. v. 17.11.2006 Nr. L 318 S. 17 ff.).
- Richtlinie 2012/34/EU Richtlinie 2012/34/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. November 2012 zur Schaffung eines einheitlichen europäischen Eisenbahnraums (ABl. v. 14.12.2012 Nr. L 343 S. 32 ff. (ABl. 2015 Nr. L 67 S. 32 ff.)) zuletzt geändert durch Beschluss (EU) 2017/2075 der Kommission v. 04.09.2017 (ABl. v. 14.11.2017 Nr. L 295 S. 69 ff.).
- Richtlinie 80/723/EWG Richtlinie 80/723/EWG der Kommission vom 25. Juni 1980 über die Transparenz der finanziellen Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten und den öffentlichen Unternehmen sowie über die finanzielle Transparenz innerhalb bestimmter Unternehmen (ABl. v. 29.07.1980 Nr. L 195, S. 35 ff.) zuletzt geändert durch Art. 10 ÄndRL 2006/111/EG v. 16.11.2006 (ABl. v. 17.11.2006 Nr. L 318 S. 17 ff.).
- Richtlinie 91/440/EWG Richtlinie 91/440/EWG des Rates vom 29. Juli 1991 zur Entwicklung der Eisenbahnunternehmen der Gemeinschaft (ABl. v. 24.08.1991 Nr. L 237 S. 25 ff.), zuletzt geändert durch Art. 65 Änderungsrichtlinie 2012/34/EU v. 21.11.2012 (ABl. v. 14.12.2012 Nr. L 343 S. 32 ff.).
- Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2007 über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 1191/69 und (EWG) Nr. 1107/70 des Rates (ABl. v. 03.12.2007 Nr. L 315 S.1 ff.) geändert durch Art. 1 ÄndVO (EU) 2016/2338 v. 14.12.2016 (ABl. v. 23.12.2016 Nr. L 354 S. 22 ff.).

### III. Abkürzungen russischer Gesetze und internationaler Verträge<sup>1</sup>

AEGRF	Gesetz „über autonome Einrichtungen“, „Ob avtonomnych učereždenijach“, FG v. 03.11.2006, Nr. 174, in der Fassung v. 27.11.2017.
ÄEZGBRF Nr. 47538-6/1	Änderungsentwurf „über die Einführung von Änderungen in den ersten, zweiten, dritten und sechsten Teil des ZGBRF und in einzelne Gesetze der RF“, „O vnesenii izmenenij v časti pervuju, vtoruju, tret’ju i četvertuju Graždanskogo kodeksa Rossijskoj Federacii, a takže v otdel’nye zakonodatel’nye akty Rossijskoj Federacii“, vorbereitet für die erste Lesung am 27.04.2012.
ÄEZGBRF Nr. 47538-6/2	Änderungsentwurf „über die Einführung von Änderungen des 4. Kapitels des ersten Teils des ZGBRF und über das für Kraftloserklären einzelner Bestimmungen von Gesetzen der RF“, „O vnesenii izmenenij v glavu 4 časti pervoj Graždanskogo kodeksa Rossijskoj Federacii i o priznanii utrativšimi silu otdel’nych položenij zakonodatel’nych aktov Rossijskoj Federacii“, vorbereitet für die zweite Lesung am 10.12.2012.
ÄG-APOGUAOSGSRF Nr. 95	Änderungsgesetz des Gesetzes „über die allgemeinen Prinzipien der Organisation der gesetzgebenden und ausführenden Organe der staatlichen Gewalt der Subjekte der RF“, „O vnesenii izmenenij i dopolnenij v Federal’nyj zakon „Ob obščich principach organizacii zakonodatel’nych (predstavitel’nych) i ispolnitel’nych organov gosudarstvennoj vlasti sub’ektov Rossijskoj Federacii“, FG v. 04.07.2003, Nr. 95, GSRF 2003/27/2709, in der Fassung v. 25.11.2013.
ÄG-APOGUAOSGSRF Nr. 122	Änderungsgesetz im Zusammenhang mit dem Änderungsgesetz des Gesetzes „über die allgemeinen Prinzipien der Organisation der gesetzgebenden und ausführenden Organe der staatlichen Gewalt der Subjekte der RF“ und der Annahme des Gesetzes „über die allgemeinen Prinzipien der Organisation der örtlichen Selbstverwaltung“, „O vnesenii izmenenij v zakonodatel’nye akty Rossijskoj Federacii i priznanii utrativšimi silu nekotorych zakonodatel’nych aktov Rossijskoj Federacii v svjazi s prinjatiem federal’nych zakonov, O vnesenii izmenenij i dopolnenij v Federal’nyj zakon „Ob obščich principach organizacii zakonodatel’nych (predstavitel’nych) i ispolnitel’nych organov gosudarstvennoj vlasti sub’ektov Rossijskoj Federacii“ i „Ob obščich principach organizacii mestnogo samoupravlenija v Rossijskoj Federacii“, FG v. 22.08.2004, Nr. 122, in der Fassung v. 31.12.2017.
ÄGHGRF 2008	Änderungsgesetz des Haushaltsgesetzes 2008/, „O vnesenii izmenenij v Federal’nyj zakon „O federal’nom bjužžete na 2008 god i na planovyj period 2009 i 2010 godov“, FG v. 08.11.2008, Nr. 193, GSRF 2008/45/5139.

<sup>1</sup> Soweit russische Gesetze oder internationale Verträge ohne Fundstelle angegeben sind, wird nach der Datenbank „ConsultantPlus“ zitiert.

ÄGHGRF 2009	Änderungsgesetz des Haushaltsgesetzes 2009/„O vnesenii izmenenij v Federal'nyj zakon ‚O federal'nom bjudžete na 2009 god i na planovyj period 2010 i 2011 godov““, FG v. 28.04.2009, Nr. 76, GSRF 2009/18/2156.
ÄGIGRF	Änderungsgesetz des Insolvenzgesetzes/„O vnesenii izmenenij v Federal'nyj zakon ‚O nesostojatel'nosti (bankrotstve)““, FG v. 30.12.2008, Nr. 296, in der Fassung v. 29.07.2017.
ÄGNKOGRF Nr. 40	Änderungsgesetz NKOGRF/„O vnesenii izmenenij i dopolnenija v Federal'nyj zakon ‚O nekommerčeskich organizacijach““, FG v. 25.02.1999 Nr. 40, GSRF 1999/9/1097, in der Fassung v. 14.10.2014.
ÄGNKOGRF Nr. 169	Änderungsgesetz NKOGRF/„O vnesenii izmenenij v otdel'nye zakonodatel'nye akty Rossijskoj Federacii““, FG v. 01.07.2011, Nr. 169, SZ/2011/1/49, in der Fassung v. 30.10.2017.
ÄGNKOGRF Nr. 174	Änderungsgesetz des NKOGRF/„O vnesenii izmenenij i dopolnenij v Federal'nyj zakon ‚O nekommerčeskich organizacijach““, FG v. 26.11.1998, Nr. 174.
ÄGNKOGRF Nr. 437	Änderungsgesetz NKOGRF/„O vnesenii izmenenij v Federal'nyj zakon ‚O nekommerčeskich organizacijach' i otdel'nye zakonodatel'nye akty Rossijskoj Federacii““, FG v. 29.12.2010, Nr. 437, in der Fassung v. 30.03.2016.
ÄGRostechGRF	Änderungsgesetz Rostech-GRF/„O vnesenii izmenenij v Federal'nyj zakon ‚O Gosudarstvennoj korporacii ‚Rostehnologi“““, FG v. 07.05.2009 Nr. 88, GSRF 2009/19/2278, in der Fassung v. 10.07.2012.
ÄGSkolkovo-GRF	Änderungsgesetz im Zusammenhang mit der Annahme des Gesetzes „Über das Innovationszentrum ‚Skolkovo““/„O vnesenii izmenenij v otdel'nye zakonodatel'nye akty Rossijskoj Federacii v svjazi s prinjatiem Federal'nogo zakona ‚Ob innovacionnom centre ‚Skolkovo“““, FG v. 28.09.2010, Nr. 243, GSRF 2010/40/4969, in der Fassung v. 03.07.2016.
AKTGRF	Gesetz über Aktiengesellschaften/„Ob akcionernych obščestvach““, FG v. 26.12.1995, Nr. 208, GSRF 1996/1/1, in der Fassung v. 29.07.2017.
APOGUAOSGSRF	Gesetz über die allgemeinen Prinzipien der Organisation der gesetzgebenden und ausführenden Organe der staatlichen Gewalt der Subjekte der RF/„Ob obščich principach organizacii zakonodatel'nych (predstavitel'nych) i ispolnitel'nych organov gosudarstvennoj vlasti sub'ektov Rossijskoj Federacii““, FG v. 06.10.1999, Nr. 184, in der Fassung v. 30.10.2017.
APOÖSGRF	Gesetz über die allgemeinen Prinzipien der Organisation der örtlichen Selbstverwaltung/„Ob obščich principach organizacii mestnogo samoupravlenija v RF““, FG v. 06.10.2003, Nr. 131, GSRF 2003/40/3822, in der Fassung v. 05.12.2017.
ArbPORF	Arbitrageprozessordnung/„Arbitražnyj processual'nyj kodeks““, FG v. 24.07.2002, Nr. 95, in der Fassung v. 28.12.2017.
ARZLEVGTG	Abkommen „über die Regulierung des Zugangs zu Leistungen des Eisenbahnverkehrs, einschließlich der Grundlagen der Tarifpoli-

	<p>tik“/„Soglašenje o regulirovanii dostupa k uslugam železnodorožnogo transporta, vključaja osnovy tarifnoj politiki“; abrufbar unter: <a href="http://www.eurasiancommission.org/ru/Lists/EECDocs/635049316561807590.pdf">http://www.eurasiancommission.org/ru/Lists/EECDocs/635049316561807590.pdf</a> [zuletzt aufgerufen am 19.01.2018].</p>
AVE-GRF	<p>Gesetz über die Versicherung natürlicher Personen in den Banken der RF (zugleich das Gesetz über die Agentur für die Versicherung von Einlagen)/„O strachovanii vkladov fizičeskich lic v bankach Rossijskoj Federacii“, FG v. 23.12.2003, Nr. 177, GSRF 177/52/5029, in der Fassung v. 31.07.2017.</p>
BAGRF	<p>Gesetz über die Bürgeranfragen/„O porjadke rassmotrenija obraščeniij graždan Rossijskoj Federacii“, FG v. 02.05.2006, Nr. 59, GSRF 2006/19/2060, in der Fassung v. 27.11.2017.</p>
BGRF	<p>Budget-Gesetzbuch der RF/„Bjužetnyj kodeks Rossijskoj Federacii“, FG v. 31.07.1998, Nr. 145, in der Fassung v. 28.12.2017.</p>
BVUVVEBVGRF	<p>Gesetz über Besonderheiten der Verwaltung und Veräußerung des Vermögens des Eisenbahnverkehrs/„Ob osobennostjach upravlenija i rasporjaženija imuščestvom železnogo transporta“, FG v. 27.02.2003, Nr. 29, GSRF 2003/9/805, in der Fassung v. 30.09.2017.</p>
EBGRF	<p>Gesetz über die Entwicklungsbank/„O banke razvitija“, FG v. 17.05.2007, Nr. 82, GSRF 2007/22/2562, in der Fassung v. 29.07.2017.</p>
EBVGRF	<p>Gesetz über den Eisenbahnverkehr in der RF/„O železnom transporte v Rossijskoj Federacii“, FG v. 10.01.2003, Nr. 17, in der Fassung v. 20.12.2017.</p>
EMGRF	<p>Gesetz über echte Monopole/„O estestvennych monopolijach“, FG v. 17.08.1995, Nr. 147, in der Fassung v. 29.07.2017.</p>
FEBVGRF	<p>Gesetz über den föderalen Eisenbahnverkehr/„O federal'nom železnodorožnom transporte“, FG v. 25.08.1995, Nr. 153, in der Fassung v. 20.12.2017.</p>
FZRWW-GRF	<p>Gesetz über den Fond der Zusammenarbeit der Reformation der Wohnungswirtschaft/„O Fonde sođejstvija reformirovaniju žiliščno-kommunal'nogo chozjajstva“, FG v. 21.07.2007, Nr. 185, GSRF 2007/30/3799, in der Fassung v. 31.12.2017.</p>
HSRF 2011	<p>Haushaltsgesetz 2011/„O federal'nom bjužete na 2011 goda i na planovoj period 2012 i 2013 godov“, FG v. 13.12.2010, Nr. 357, GSRF 2010/51/6809, in der Fassung v. 06.11.2011.</p>
IGRF	<p>Gesetz über die Insolvenz/„O nesostojatel'nosti (bankrotstve)“, FG v. 26.10.2002, Nr. 127, in der Fassung v. 29.12.2017.</p>
KAvtodor-GRF	<p>Gesetz über die Kompanie Rossijskie avtomobil'nye dorogi/„O gosudarstvennoj kompanii „Rossijskie avtomobil'nye dorogi“ i o izmenenij v otdel'nye zakonodatel'nye akty Rossijskoj Federacii“, FG v. 17.07.2009, Nr. 145, SZ 2009/29/3582, in der Fassung v. 29.07.2017.</p>
KSGRF	<p>Gesetz über Konkurrenzschutz/„O zaščite konkurencii“, FG v. 26.07.2006, Nr. 135, in der Fassung v. 29.07.2017.</p>

KSGRF a.F.	Gesetz über Konkurrenzschutz alte Fassung/„O zaščite konkurencii (v staroj redakcii)“, FG v. 22.03.1991, Nr. 948-1, in der Fassung v. 26.07.2006.
Nanotech-GRF	Gesetz über die russische Korporation für Nanotechnologie/„O Rossijskoj korporaciji nanotehnologii“, FG v. 19.07.2007, Nr. 139, GSRF 2007/30/3753, in der Fassung v. 31.05.2010.
NKOGRF	Gesetz über nicht-kommerzielle Organisationen/„O nekommerčeskich organizacijach“, FG v. 12.01.1996, Nr. 7, GSRF 1996/3/145, in der Fassung v. 14.11.2017.
ÖRKGGERF	Gesetzentwurf über die öffentlich-rechtlichen Kompanien/„O publicžno-pravovych kompanijach v Rossijskoj Federacii i o vnesenii izmenenij v otdel'nye zakonodatel'nye akty Rossijskoj Federacii“, v. 04.04.2013, Nr. 252441-6.
ÖRKGRF	Gesetz über die öffentlich-rechtlichen Kompanien/„O publicžno-pravovych kompanijach v Rossijskoj Federacii i o vnesenii izmenenij v otdel'nye zakonodatel'nye akty Rossijskoj Federacii“, FG v. 03.07.2016, Nr. 236, in der Fassung v. 29.07.2017.
PSMBGRF	Gesetz über die Privatisierung staatlicher und kommunaler Betriebe in der RF/„O privatizacii gosudarstvennyh i municipal'nych predpriyatij v Rossijskoj Federacii“, FG v. 03.07.1991, Nr. 1531, in der Fassung v. 17.03.1997.
PSMVGRF	Gesetz über die Privatisierung staatlichen und kommunalen Vermögens/„O privatizacii gosudarstvennogo i municipal'nogo imuščestva“, FG v. 21.12.2001, Nr. 178, GSRF 2002/4/251, in der Fassung v. 01.07.2017.
REMRKGRF	Gesetz über die Ratifikation der EMRK/„O ratifikacii Konvencii o zaščite prav čeloveka i osnovnyh svobod i Protokolov k nej“, FG v. 30.03.1998, Nr. 54, GSRF 1998/14/1514.
RHGRF a.F.	Gesetz über den Rechnungshof der Russischen Föderation alte Fassung/„O Sčetnoj palate Rossijskoj Federacii“, FG v. 11.01.1995, Nr. 4, in der Fassung v. 03.12.2012.
Rosatom-GRF	Gesetz über die Staatskorporation für die Atomenergie „Rosatom“/„O Gosudarstvennoj korporaciji po atomnoj énergii „Rosatom““, FG v. 01.12.2007, Nr. 317, GSRF 2007/49/6078, in der Fassung v. 29.12.2017.
Roskosmos-GRF	Gesetz über die Staatskorporation für kosmonautische Tätigkeit Roskosmos/„O Gosudarstvennoj korporaciji po kosmičkoj dejatel'nosti Roskosmos“, FG v. 13.07.2015, Nr. 215, in der Fassung v. 29.12.2017.
Rostech-GRF	Gesetz über die Staatskorporation „Rostech“/„O Gosudarstvennoj korporaciji po sodejstviju razrabotke proizvodstvu i éksportu vysokotekhnologičnoj promyšlennoj produkcii „Rostech““, FG v. 23.11.2007, Nr. 270, GSRF 2007/48(2)/5814, in der Fassung v. 29.12.2017.
SBOOESS-GRF	Gesetz über die Staatskorporation für den Bau olympischer Objekte und die Entwicklung der Stadt Soči als bergklimatischen Kurort/„O Gosudarstvennoj korporaciji po stroitel'stvu olimpijskich ob'ektov i razvitiju goroda Soči kak gornoklimatičeskogo kurorta“, FG v.



- 30.10.2007, Nr. 238, GSRF 2007/45/5415, in der Fassung v. 07.05.2013.
- SEBTGRF Gesetz über die Satzung des Eisenbahntransportes der RF/„Ustav železnodorožnogo transporta Rossijskoj Federacii“, FG v. 10.01.2003, Nr. 18, in der Fassung v. 18.07.2017.
- SGBRF Steuergesetzbuch der RF/„Nalogovyj kodeks Rossijskoj Federacii“, FG v. 31.07.1998, Nr. 146, in der Fassung v. 29.12.2017.
- SJPEUSKGRF Gesetz über den Schutz juristischer Personen und Einzelunternehmer bei Staatskontrollen/„O zaščite prav juridičeskich lic i individual'nych predprinimatelej pri osuščestvlenii gosudarstvennogo kontrolja (nadzora) i municipal'nogo kontrolja“, FG v. 26.12.2008, Nr. 294, in der Fassung v. 01.01.2018.
- Skolkovo-GRF Gesetz über das Innovationszentrum „Skolkovo“/„Ob innovacionnom centre „Skolkovo“, FG v. 28.09.2010, Nr. 244, GSRF 2010/40/4970, in der Fassung v. 29.12.2017.
- SLGRF Gesetz über staatliche und municipale Leistungen/„Ob organizacii predostavlenii gosudarstvennych i municipal'nych uslug“, FG v. 27.07.2010, Nr. 210, GSRF 2010/31/4179, in der Fassung v. 05.12.2017.
- SUMUBGRF Gesetz über staatliche und municipale unitarische Betriebe/„O gosudarstvennych i municipal'nych unitarnych predprijatijach“, FG v. 14.11.2002, Nr. 161, GSRF 2002/48/4746, in der Fassung v. 19.12.2017.
- VerfGGRF Gesetz über das Russische Verfassungsgericht/„O Konstitucionnom Sude Rossijskoj Federacii“, FVG v. 21.07.1994, Nr. 1, in der Fassung v. 28.12.2016.
- VerfGGRSFSR Gesetz über das Verfassungsgericht der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik/„O Konstitucionnom Sude RSFSR“ v. 06.05.1991, Nr. 1175 I, Vedomosti RF 1991, Nr. 19, S. 661.
- VerfRF Verfassung der RF (angenehmen durch Volksabstimmung vom 12.12.1993)/„Konstitucija Rossijskoj Federacii“ (prinjata vsenarodnym golosovanijem 12.12.1993), in der Fassung v. 21.07.2014.
- VerfRSFSR 1978 Verfassung (Grundgesetz) der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik v. 12.04.1978/„Konstitucija (Osnovnoj zakon) Rossijskoj Sovetskoj Federativnoj Socialističeskoj Respubliki ot 12 aprelja 1978g“, in der Fassung v. 09.12.1992, Nr. 4061 I.
- Verf USSR 1936 Verfassung (Grundgesetz) der Sozialistischen Sowjetrepubliken (bestätigt durch die Verfügung der außerordentlichen siebten Versammlung der Räte der Union Sozialistischer Sowjetrepubliken v. 05.12.1936/„Konstitucija (Osnovnoj zakon) Sojuza Sovetskich Socialističeskich Respublik (utverždena postnavleniem Črezvyščajnogo VII S'ezda Sovetov Sojuza Sovetskich Socialističeskich Respublik ot 5 dekabnja 1936g.)“, zitiert nach [http://constitution.garant.ru/history/ussr-rsfsr/1936/red\\_1936/3958676/](http://constitution.garant.ru/history/ussr-rsfsr/1936/red_1936/3958676/) [zuletzt aufgerufen am 07.01.2018].
- Verf USSR 1977 Verfassung (Grundgesetz) der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (angenommen auf der außerordentlichen siebten Versammlung des Obersten Rates der SSS der neunten Wahlperiode

	des Jahres 1977/„Konstitucija (Osnovnoj zakon) Sojuza Sovetskich Socialističeskich Respublik (prinjata na vneočerednoj sed’moj sessii Verchovnogo Soveta SSSR devjatogo sozyva 7 oktjabrja 1977 g.)“, zitiert nach: <a href="http://constitution.garant.ru/history/ussr-rsfr/1977/red_1977/5478732/">http://constitution.garant.ru/history/ussr-rsfr/1977/red_1977/5478732/</a> [zuletzt aufgerufen am 07.01.2018].
VEWU	Vertrag über die Eurasische Wirtschaftsunion/„Dogovor o Evrazijskom ěkonomičeskom sojuze“; abrufbar unter: <a href="https://docs.eae-union.org/docs/ru-ru/0023611/itia_05062014_doc.pdf">https://docs.eae-union.org/docs/ru-ru/0023611/itia_05062014_doc.pdf</a> [zuletzt aufgerufen am 07.01.2018].
VVGRF	Gesetz über die Völkerrechtsverträge der RF/„O meždunarodnych dogovorach Rossijskoj Federacii“, FG v. 15.07.1995, Nr. 101, GSRF 1995/29/2757, in der Fassung v. 12.03.2014.
VwGORF	Verwaltungsgerichtsordnung der RF/„Kodeks administrativnogo sudoproizvodstva Rossijskoj Federacii“, v. 08.03.2015, Nr. 21, in der Fassung v. 28.12.2017.
ZDGRF	Gesetz über den Zivildienst in der RF/„O gosudarstvennoj graždanskoj službe Rossijskoj Federacii“, FG v. 27.07.2004, Nr. 79, GSRF 2004/31/3215, in der Fassung v. 28.12.2017.
ZGBRF	Zivilgesetzbuch der Russischen Föderation/„Graždanskij kodeks Rossijskoj Federacii“, v. 30.11.1994, Nr. 51, GSRF 1994/32/3301, in der Fassung v. 05.12.2017.
ZPORF	Zivilprozessordnung/„Graždanskij processual’nyj kodeks Rossijskoj Federacii“, FG v. 14.11.2002, Nr. 138, in der Fassung v. 28.12.2017.

#### IV. Abkürzungen russischer unter- und nicht-gesetzlicher Akte<sup>2</sup>

Anordnung des Innenministeriums der RF Nr. 846	Anordnung des Innenministeriums der RF Nr. 846 „Über die Bestätigung der typischen Bestimmung über des Innenministerium, über die Hauptleitung und die Leitung der inneren Angelegenheiten eines Subjekts der RF“/„Ob utverždenii Tipovogo položenija o ministerstve vnutrennych del, glavnom upravlenii, upravlenii vnutrennych del po sub’jektu Rossijskoj Federacii“, v. 25.10.2006, Rossijskaja Gazeta v. 30.11.2006, Nr. 269.
Anordnung von Rosimuščestvo Nr. 357	Anordnung (Prikaz) von Rosimuščestvo Nr. 357 „Über die Bestätigung methodischer Empfehlungen für die Organisation der Arbeit des Direktorenrats in der Aktiengesellschaft“/„O utverždenii metodičeskich rekomendacijach po organizacii raboty soveta direktorov v akcionernom obščestvom“, v. 21.11.2013.
Ansprache des Präsidenten der RF v. 12.11.2009	Ansprache des Präsidenten der RF zur Föderalen Versammlung v. 12.11.2009, Rossijskaja Gazeta 2009, Nr. 214.
Brief der Bank Russlands v. 10.04.2014, Nr. 06-52/2463	Brief der Bank Russlands v. 10.04.2014, Nr. 06-52/2463 „Über den CGKRF“/„O kodekse korporativnogo upravljenja“.

<sup>2</sup> Soweit russische unter- oder nichtgesetzliche Akte ohne Fundstelle angegeben sind, wird nach der Datenbank „ConsultantPlus“ zitiert.

Brief des Ministeriums für wirtschaftliche Entwicklung v. 15.02.2010, Nr. 2141	Brief des Ministeriums für wirtschaftliche Entwicklung v. 15.02.2010, Nr. 2141 – ÈN/D06, nach <i>Vinnickij</i> , Pravo i politika 2011, Nr. 3.
Budget-Ansprache des Präsidenten der RF „über die Budget-Politik 2009–2011“	Budget-Ansprache des Präsidenten der RF vor der Föderalen Versammlung „über die Budget-Politik 2009–2011 godach“, v. 23.06.2008.
Konzeption JP	Konzeption zur Entwicklung der Gesetzgebung der juristischen Personen/Koncepcija razvitija zakonodatel'stva o juridičeskich licach, Vestnik graždanskogo prava, 2009, Nr. 2.
Konzeption ZGBRF	Konzeption zur Entwicklung der bürgerlich-rechtlichen Gesetzgebung RF (angenommen vom Rat beim Präsidenten der RF für die Kodifizierung und Vervollkommnung der bürgerlich-rechtlichen Gesetzgebung)/Koncepcija razvitija graždanskogo zakonodatel'stva Rossijskoj Federacii (odobrena rešeniem soveta pri Prezidente Rossijskoj Federacii po kodifikacii i soveršenstvovaniju graždanskogo zakonodatel'stva, v. 07.10.2009, Vestnik VAS RF 2009, Nr. 11.
Präsidentenerlass Nr. 314	Präsidentenerlass (Ukaz) Nr. 314 „Über das System und die Struktur der föderalen Organe der ausführenden Gewalt“, „O sisteme i strukture federal'nych organov ispolnitel'noj vlasti“, v. 09.03.2004 in der Fassung v. 28.09.2017.
Präsidentenerlass Nr. 369	Präsidentenerlass (Ukaz) Nr. 369 „Über die Maßnahmen zur Gründung der staatlichen Korporation für Atomenergie ‚Rosatom‘“, „O merach po sozdaniju Gosudarstvennoj korporacii po atomnoj énergii ‚Rosatom‘“, v. 20.03.2008 in der Fassung v. 21.12.2017.
Präsidentenerlass Nr. 490	Präsidentenerlass (Ukaz) „Über die Bestätigung der Bestimmungen über die Administration des Präsidenten der RF“, „Ob utverždenii Položenii ob Administracii Prezidenta Rossijskoj Federacii“, GSRF 2004/15/1395, v. 06.04.2004 Nr. 490.
Präsidentenerlass Nr. 724	Präsidentenerlass (Ukaz) Nr. 724 „Fragen des Systems und der Struktur der föderalen Organe der ausführenden Gewalt“, „Voprosy sistemy struktury federal'nych organov ispolnitel'noj vlasti“, in GSRF 2008/20/2290, v. 12.05.2008 in der Fassung v. 23.11.2016.
Präsidentenerlass Nr. 932	Präsidentenerlass (Ukaz) Nr. 932 „Über die Vermögenseinlage der RF in die staatliche Korporation für Atomenergie ‚Rosatom‘“, „Ob imuščestvennom vznose Rossijskoj Federacii v Gosudarstvennuju korporaciju po atomnoj énergii ‚Rosatom‘“, v. 30.06.2012 in der Fassung v. 20.07.2017.
Präsidentenerlass Nr. 1009	Präsidentenerlass (Ukaz) Nr. 1009 „Über die Bestätigung der Liste der strategischen Unternehmen und der strategischen Aktiengesellschaften“, „Ob utverždenija perečnja strategičeskich predprijatij i strategičeskich akcionernych obščestv“, v. 04.08.2004, SZ 2004/32/3313, in der Fassung v. 27.12.2017.

- Präsidentenerlass Nr. 1108 Präsidentenerlass (Ukaz) Nr. 1108 „Über die Vervollkommnung des Zivilgesetzbuches der RF“/„Ob soverščinstvovanii Graždanskogo kodeksa Rossijskoj Federacii“, v. 18.07.2008 in der Fassung v. 29.07.2014.
- Präsidentenerlass Nr. 1392 Präsidentenerlass (Ukaz) Nr. 1392 „Über die Maßnahmen zur Realisierung der Industriepolitik bei der Privatisierung staatlicher Betriebe“ (zusammen mit der „vorübergehenden Bestimmung über Holdings, die bei der Umwandlung staatlicher Betriebe in Aktiengesellschaften entstanden sind“)/„Ob merach po realizacii promyšlennoj politiki pri privatizacii gosudarstvennych predprijatij“ (vmeste s „vremennym položeniem o holdingovyh kompanijach, sozdavaemyh pri preobrazovanii gosudarstvennyh predprijatij v akcioner-nye obščestva“), GSRF 1992/21/1731, v. 16.11.1992 in der Fassung v. 26.03.2003 mit Änderungen v. 30.06.2012.
- Regierungsverfügung Nr. 265 Regierungsverfügung (Racporjaženie) Nr. 265 „Über die Bestätigung der Bestimmungen über den Direktorenrat der offenen Aktiengesellschaft ‚Russische Eisenbahnen‘, die Bestimmungen über die Leitung der offenen Aktiengesellschaft ‚Russische Eisenbahnen‘, die Bestimmungen über die Revisionskommission der offenen Aktiengesellschaft ‚Russische Eisenbahnen‘“/„Ob utverždenii Položenija o sovete direktorov otkrytogo akcionernogo obščestva ‚Rossijskie železnye dorogi‘, Položenija o pravlenii otkrytogo akcionernogo obščestva ‚Rossijskie železnye dorogi‘, Položenija o revizionnoj komissii otkrytogo akcionernogo obščestva ‚Rossijskie železnye dorogi‘“, v. 25.02.2004 in der Fassung v. 15.11.2017.
- Regierungsverfügung Nr. 1888 Regierungsverfügung (Racporjaženie) Nr. 1888 „Über die vorzeitige Beendigung der Vollmachten der Mitglieder des Direktorenrates der OAGR ‚Russische Eisenbahn‘“/„O dosročnom prekraščenii polnomočij členov soveta direktorov OAO ‚Rossijskie železnye dorogi‘“, v. 27.10.2011.
- Regierungsverfügung Nr. 2101 Regierungsverfügung (Racporjaženie) Nr. 2101 „Über die unentgeltliche Eigentumsübertragung von Grundstücken und Objekten des unbeweglichen Vermögens vom Föderalen Fond zur Förderung der Entwicklung des Wohnungsbaus an die nicht-kommerzielle Organisation ‚Fond der Entwicklung des Zentrums zur Ausarbeitung und Kommerzialisierung neuer Technologien‘“/„O bezvozmecznoj peredače v sobstvennost' nekommerčeskoj organizacii ‚Fond razvitija Centra razrabotki i kommercializacii novych tehnologij' zemel'nych učastkov i ob'ektov nedvizimogo imuščestva Federal'nym fondom sodejstvija razvitiju žiliščnogo stroitel'stva“, GSRF 2010/49/6564, v. 27.11.2010.
- Regierungsverordnung Nr. 111 Regierungsverordnung (Postanovlenie) Nr. 111 „Über die Bestätigung der Regeln der Erbringung von Beförderungsdienstleistungen auf dem Eisenbahntransportweg von Passagieren, Fracht, Gepäck, Frachtgepäck für den persönlichen, familiären,

- häuslichen oder sonstigen Gebrauch, der nicht mit der Verwirklichung unternehmerischer Tätigkeit verbunden ist“/„Ob utverždenii Pravit okazanija uslug po perevozkam na železnom transporte passažipov, a takže gruzov, багаža i gruzobagaža dlja ličnyh, semejnyh, domašnyh i inyh nužd, ne svjazannyh s osuščestvleniem predprinimatel'skoj dejatel'nosti“, v. 02.03.2005 in der Fassung v. 17.06.2015.
- Regierungsverordnung Nr. 398      Regierungsverordnung (Postanovlenie) Nr. 398 „Über die Bestätigung der Bestimmungen über den Föderalen Aufsichtsdienst im Transportbereich“/„Ob utverždenii Položenija o Federal'noj službe po nadzoru v sfere transporta“, v. 30.07.2004 in der Fassung v. 05.05.2017.
- Regierungsverordnung Nr. 432      Regierungsverordnung (Postanovlenie) Nr. 432 „Über die Föderale Agentur zur Verwaltung staatlichen Vermögens“/„Ob Federal'nom agenstve po upravleniju gosudarstvennym imuščestvom“, GSRF 2008/23/2721, v. 05.07.2008 in der Fassung v. 01.07.2016.
- Regierungsverordnung Nr. 585      Regierungsverordnung (Postanovlenie) Nr. 585 „Über die Gründung der offenen Aktiengesellschaft „Russische Eisenbahnen““/„O sozdanii otkrytogo akcionernogo obščestva „Rossijskie železnye dorogi““, GSRF 2003/39/3766, v. 18.09.2003 in der Fassung v. 14.12.2017.
- Regierungsverordnung Nr. 679      Regierungsverordnung (Postanovlenie) Nr. 679 „Über den Ablauf der Ausarbeitung und Bestätigung von administrativen Reglementen zur Ausführung staatlicher Funktionen (der Erbringung staatlicher Dienstleistungen)“/„O porjadke razrabotki i utverždenija administrativnyh reglamentov ispolnenija gosudarstvennyh funkcij (predostavlenija gosudarstvennyh uslug)“, v. 11.11.2005 in der Fassung v. 16.05.2011.
- Regierungsverordnung Nr. 703      Regierungsverordnung (Postanovlenie) Nr. 703 „Über die Bestätigung der Regeln der Dienstleistungserbringung bei der Benutzung der Eisenbahntransportinfrastruktur allgemeiner Benutzung“/„Ob utverždenii Pravit okazanija uslug po ispol'zovaniju infrastruktury železnodorožnogo transporta obščego pol'zovanija“, v. 20.11.2003 in der Fassung v. 14.12.2006.
- Regierungsverordnung Nr. 738      Regierungsverordnung (Postanovlenie) „Über die Verwaltung der in föderalem Eigentum befindlichen Aktien von Aktiengesellschaften und den Gebrauch des speziellen Rechts der RF auf Beteiligung an der Verwaltung der Aktiengesellschaften (der „goldenen Aktie“)“/„Ob upravlenii nachodjaščimisja v federal'noj sobstvennosti akcijami akcionernych obščestv i ispol'zovanii special'nogo prava na učastie Rossijskoj Federacii v upravlenii akcionernymi obščestvami („zolotoj akcii“)“, GSRF 2004/50/5073, v. 03.12.2004 in der Fassung v. 19.07.2017.
- Regierungsverordnung Nr. 739      Regierungsverordnung (Postanovlenie) Nr. 739 „Über die Befugnisse der föderalen Organe der ausführenden Gewalt bei der Verwirklichung der Eigentumsrechte am Vermögen des födera-

- len staatlichen unitarischen Betriebs“/„O polnomočijach federal'nych organov ispolnitel'noj vlasti po osuščestvleniju prav sobstvennika imuščestva federal'nogo gosudarstvennogo unitarnogo predprijatija“, GSRF 2004/50/5074, v. 03. 12. 2004 in der Fassung v. 05. 05. 2017.
- Regierungsverordnung Nr. 831      Regierungsverordnung (Postanovlenie) Nr. 831 „Über die Verwirklichung der Aktionärsrechte durch die staatliche Korporation für die Mitwirkung an der Erarbeitung, der Herstellung und dem Export von Hochtechnologieprodukten ‚Rostech‘ im Namen der Russischen Föderation an den Aktiengesellschaften, deren Aktien sich im staatlichen Eigentum befinden und der staatlichen Korporation für die Mitwirkung an der Erarbeitung, der Herstellung und dem Export von Hochtechnologieprodukten als Vermögenseinlage der Russischen Föderation übergeben werden bis zur Übergabe der genannten Aktien“/„Ob osuščestvlenii Gosudarstvennoj korporaciej po codejstviju pazrabotke, proizvodstvu i ěksportu vysokotehnologičnoj promišlennoj produkcii ‚Rostech‘ ot imeni Rossijskoj Federacii prav akcionera akcionernych obščestv, akcii kotorych nachodjatsja v federal'noj sobstvennosti i peredajutsja Gosudarstvennoj korporacii codejstviju pazrabotke, proizvodstvu i ěksportu vysokotehnologičnoj promišlennoj produkcii v kačestve imuščestvennogo vznosa Rossijskoj Federacii, do peredači ukazannyh akciij“, GSRF 2009/44/5238, v. 17. 10. 2009 in der Fassung v. 22. 03. 2017.
- Regierungsverordnung Nr. 1024      Regierungsverordnung (Postanovlenie) Nr. 1024 „Über die Konzeption der Verwaltung staatlichen Vermögens und die Privatisierung in der RF“/„O koncepcii upravlenija gosudarstvennym imuščestvom i privatizacii v Possijskoj Federacii“, GSRF 1999/39/4626, v. 09. 09. 1999 in der Fassung v. 29. 11. 2000.
- Regierungsverordnung Nr. 1053      Regierungsverordnung (Postanovlenie) Nr. 1053 „Über einige Maßnahmen zur Verwaltung föderalen Vermögens“/„O nekotorych merach upravlenija federal'nym imuščestvom“, GSRF 2009/3/379, v. 29. 12. 2008 in der Fassung vom 12. 12. 2017.
- Regierungsverordnung Nr. 1214      Regierungsverordnung (Postanovlenie) Nr. 1214 „Über die Vervollkommnung der Verwaltungsordnung der offenen Aktiengesellschaften, deren Aktien sich in föderalem Eigentum befinden, sowie der föderalen staatlichen unitarischen Betriebe“/„O soveršenstvovanii porjadka upravlenija otkrytymi akcionernymi obščestvami, akcii kotorych nachodjatsja v federal'noj sobstvennosti, i federal'nymi gosudarstvennymi unitarnymi predprijatijami“, v. 31. 12. 2010.
- SEEBT-Programm      Programm zur Strukturreform des Eisenbahntransports/Programma strukturnoj reformy na železnodorožnom transporte, bestätigt durch die Regierungsverordnung v. 18. 05. 2001, Nr. 384.
- SÖE-Konzeption 2020      Konzeption der langfristigen sozial-ökonomischen Entwicklung der RF für den Zeitraum bis 2020/Koncepcija dolgosročnogo

	social'no-ekonomičeskogo razvitija Rossijskoj Federacii na period do 2020 goda, GSRF 2008/47/5489.
SÖE-Programm 2003–2005	Sozial-ökonomisches Entwicklungsprogramm der RF für eine mittelfristige Perspektive (2003–2005)/Programma social'no-ekonomičeskogo razvitija Rossijskoj Federacii na srednesročnuju perspektivu (2003–2005), GSRF 2003/34/3396.
SÖE-Programm 2006–2008	Sozial-ökonomisches Entwicklungsprogramm der RF für eine mittelfristige Perspektive (2006–2008)/Programma social'no-ekonomičeskogo razvitija Rossijskoj Federacii na srednesročnuju perspektivu (2006–2008), GSRF 2006/5/589.

### V. Sonstige Abkürzungen

a.A.	anderer Ansicht
ABl.	Amtsblatt der Europäischen Union
Abs.	Absatz
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
AG	Deutsche Aktiengesellschaft
AGRF	Russische Aktiengesellschaft/„Akcionerhoe obščestvo“
ÄndRL	Änderungsrichtlinie
ÄndVO	Änderungsverordnung
AOArbGRF	Anzeiger des Obersten Arbitragegerichts der Russischen Föderation/ „Vestnik Vysšego Arbitražnogo Suda Rossijskoj Federacii“
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts (Zeitschrift)
ArbGRF	Arbitragegericht der Russischen Föderation/„Arbitražnyj Sud Rossijskoj Federacii“
Art.	Artikel
AVerfGRF	Anzeiger des VerfGRF/„Vestnik Konstitucionnogo Suda“
Avtodor	Staatliche Kompanie Avtodor/„Gosudarstvennaja kompanija Rossijskie avtomobil'nye dorogi“
BAG	Bundesarbeitsgericht
BAGE	Sammlung der Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts
BayRS	Bayerische Rechtssammlung
BayVerfGH	Bayerischer Verfassungsgerichtshof
BB	Betriebs-Berater, Zeitschrift für Recht, Steuern und Wirtschaft
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof in Zivilsachen
BGHZ	Entscheidungssammlung des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BK	Bonner Kommentar
BT-Drucks.	Bundestagsdrucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
BvR	Registerzeichen, beim Bundesverfassungsgericht für Verfahren über Verfassungsbeschwerden nach Art. 93 Abs. 1 Nr. 4a sowie über Kommunalverfassungsbeschwerden nach Art. 93 Abs. 1 Nr. 4b GG verwendet
bzw.	beziehungsweise

CCZ	CCZ – Corporate Compliance Zeitschrift
DB	Deutsche Bahn
DB AG	Deutsche Bahn AG
ders.	derselbe
Der Staat	Zeitschrift für Staatslehre und Verfassungsgeschichte, deutsches und europäisches öffentliches Recht
dies.	dieselbe
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung (Zeitschrift)
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt
EG	Europäische Gemeinschaft
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EU	Europäische Union
EuG	Gericht der Europäischen Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGRZ	Europäische GRUNDRECHTE-Zeitschrift
EuR	Europarecht (Zeitschrift)
EurAsEC	Eurasian Economic Community (Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft)
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
evtl.	eventuell
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FEEKNTRF	Fond des Entwicklungszentrums der Erarbeitung und der Kommerzialisierung neuer Technologien/„Fond razvitija Centra razrabotki i komercilizacii novych technologij“
FG	Föderales Gesetz/„Federal’nyj zakon“
Fn.	Fußnote
FVG	Föderales Verfassungsgesetz/„Federal’nyj konstitucionnyj zakon“
Gbr	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
GewArch	Gewerbearchiv (Zeitschrift)
GG	Grundgesetz
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmSOGB	Gemeinsamer Senat der obersten Gerichtshöfe des Bundes
GRUR Int.	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht, internationaler Teil (Zeitschrift)
GSRF	Gesetzessammlung RF/„Sobranie Zakonov RF, Svod zakonov Rossijskoj Federacii“
GVBl.	Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt
HBdGR	Handbuch der Grundrechte
Hrsg.	Herausgeber
HS	Halbsatz
HStR	Handbuch des Staatsrechts
i. d. F. v.	in der Fassung vom
i.d.g.F.	in der geltenden Fassung
insb.	insbesondere
i.S.d.	im Sinne des
i.S.v.	im Sinne von
i.V.m.	in Verbindung mit
JURA	Juristische Ausbildung (Zeitschrift)



JuS	Juristische Schulung (Zeitschrift)
JZ	Juristen Zeitung (Zeitschrift)
KG	Kommanditgesellschaft
lit.	Buchstabe
LKRZ	Zeitschrift für Landes- und Kommunalrecht Hessen/Rheinland-Pfalz/Saarland
LuFV	Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung
M.	Moskau
MüKo	Münchener Kommentar
m. V. auf	mit Verweis auf
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
Nr.	Nummer
NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
NZBau	Neue Zeitschrift für Baurecht und Vergaberecht
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
OAGRF	Offene Aktiengesellschaft nach russischem Recht/„Otkrytoe akcionerhoe obščestvo“
OArbGRF	Oberstes Arbitragegericht der Russischen Föderation/„Vysšyj Arbitražnyj Sud RF“
OECD	The Organisation for Economic Co-operation and Development
OGRF	Oberstes Gericht der Russischen Föderation/„Vysšyj Sud RF“
OHG	Offene Handelsgesellschaft
OLG	Oberlandesgericht
Olimpstroj	Staatliche Korporation/„Gosudarstvennaja korporacija po stroitel'stvu olimpijskich ob'ektov i razvitiju goroda Soči kak gornoklimatičeskogo kurorta“
PPP	Public Private Partnership
Quagos	Quasi governmental organizations
Quangos	Quasi non-governmental organizations
RF	Russische Föderation/„Rossijskaja Federacija“
RG	Reichsgericht
RGBL	Reichsgesetzblatt
RiW	Recht der Internationalen Wirtschaft (Zeitschrift)
RL	Richtlinie
Rn.	Randnummer
ROG	Reporter ohne Grenzen
Rs.	Rechtssache
Rspr.	Rechtsprechung
RŽD	Russische Eisenbahn/„Rossijskie železnye dorogi“
RŽD OAGRF	Offene Aktiengesellschaft Russische Eisenbahn/„Otkrytoe akcionerhoe obščestvo „Rossijskie železnye dorogi““
S.	Seite
s.	siehe
s.a.	siehe auch
sog.	sogenannte

SPB	St. Petersburg
StaatsR	Staatsrecht
SZ	Süddeutsche Zeitung
Unterabs.	Unterabsatz
USSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken/„Sojus sovjetskich socialističeskich republik“
v.	vom
VerfGRF	Verfassungsgericht der Russischen Föderation/„Konstitucionnyj sud Rossijskoj Federacii“
VerwArch	Verwaltungsarchiv, Zeitschrift für Verwaltungslehre, Verwaltungsrecht und Verwaltungspolitik
VGH Kassel	Verwaltungsgerichtshof Kassel
VGH Mannheim	Verwaltungsgerichtshof Mannheim
vgl.	vergleiche
VO	Verordnung
vs.	versus
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
WiRO	Zeitschrift zur Rechts- und Wirtschaftsentwicklung in den Staaten Mittel- und Osteuropas
WiVerw	Wirtschaft und Verwaltung, Vierteljahresbeilage zum Gewerbearchiv (Zeitschrift)
w.N.	weitere Nachweise
WuW	Wirtschaft und Wettbewerb, Zeitschrift für Kartellrecht, Wettbewerbsrecht, Marktorganisation
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
z. B.	zum Beispiel
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
ZEV	Zeitschrift für Erbrecht und Vermögensnachfolge
ZfVerkWiss	Zeitschrift für Verkehrswissenschaft
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handels- und Wirtschaftsrecht
zit.	zitiert
ZP	Zusatzprotokoll
ZUM	Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht



*Erster Teil*

**Die Entwicklung des Kriteriums  
der demokratischen Legitimation für die Einordnung  
eines Unternehmens in die staatliche oder  
gesellschaftliche Sphäre**



# § 1 Einführung

## A. Der Problemaufriss

„Dreht Putin uns den Gashahn zu?“<sup>1</sup> und „Russland verstärkt Propaganda“<sup>2</sup> durch „Putins Staatsfernsehen [...]“.<sup>3</sup> Diese und ähnliche Schlagzeilen waren jüngst im Rahmen der „Krimkrise“ in den deutschen Medien zu lesen. Gemeint war die Geschäftspolitik eines der größten russischen Gasunternehmen („Gazprom“), das im Mehrheitseigentum des Staates steht und seinerseits die Mehrheit der Anteile an einem wichtigen russischen Fernsehkanal (NTW) hält.<sup>4</sup> Die Wortwahl dieser Schlagzeilen erweckt den Eindruck, als ob die russische Staatsführung selbst die Geschehnisse des Unternehmens lenke, als ob sie gar selbst der Redaktion der Sender vorstehe. Dabei ist fraglich, ob man die Handlungen und Entscheidungen beider Unternehmen unkritisch eins zu eins dem russischen Staat zuschreiben und ihnen außenpolitisches Kalkül unterstellen kann. Und selbst wenn Letzteres zuträfe – ist Gazprom nicht eine Aktiengesellschaft und als solche in einer marktwirtschaftlichen Ordnung von der Staatsführung und deren Agenda zu unterscheiden? Jedenfalls ist zweifelhaft, ob es sich bei mehrheitlich staatlich gehaltenen Gaslieferanten oder Fernsehsendern – wie oft implizit unterstellt wird – allein auf Grund der Eigentumsverhältnisse automatisch um ein Staatsunternehmen handelt.

Die Fragestellung der Abgrenzung von Staatsführung und mehrheitlich dem Staat „gehörenden“ Organisationen ist nicht nur für Russland interessant. Auch in westlichen Marktwirtschaften wie Deutschland erlangen Fälle von staatlicher Einflussnahme auf dem Staat nahestehende Organisationen regelmäßig öffentliche Aufmerksamkeit, wie z. B. die Einflussnahme auf die redaktionelle Führung des Zweiten Deutschen Fernsehens durch konservative Politiker.<sup>5</sup> Darüber hinaus kommt es in

---

<sup>1</sup> [http://www.focus.de/finanzen/news/psychokrieg-in-der-ukraine-dreht-putin-uns-den-gas-hahn-zu\\_id\\_3659011.html](http://www.focus.de/finanzen/news/psychokrieg-in-der-ukraine-dreht-putin-uns-den-gas-hahn-zu_id_3659011.html) [zuletzt aufgerufen am 19.01.2018].

<sup>2</sup> <http://www.zeit.de/politik/ausland/2014-03/krim-vorbereitung-referendum>; [zuletzt aufgerufen am 19.01.2018]; <http://www.handelsblatt.com/politik/international/propaganda-in-russland-staatsmedien-wiegeln-die-bevoelkerung-auf/9565062.html>; [zuletzt aufgerufen am 19.01.2018].

<sup>3</sup> <http://www.spiegel.de/politik/ausland/russland-staatsfernsehen-greift-zdf-an-a-908012.html>; [zuletzt aufgerufen am 09.07.2016].

<sup>4</sup> Vgl. ROG, Bericht 2013, S. 10; vgl. [https://www.reporter-ohne-grenzen.de/fileadmin/images/Kampagnen/Sotschi/ROG-Russland-Bericht-2013\\_web.pdf](https://www.reporter-ohne-grenzen.de/fileadmin/images/Kampagnen/Sotschi/ROG-Russland-Bericht-2013_web.pdf); [zuletzt aufgerufen am 19.01.2018].

<sup>5</sup> <http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/debatte-ueber-zdf-chefredakteur-koch-macht-druck-auf-brender-a-609741.html>; [zuletzt aufgerufen am 19.01.2018].

„staatsnahen“ Wirtschaftsbereichen, wie z. B. dem Eisenbahnsektor, in regelmäßigen Abständen zu einer öffentlichen Debatte über den Einfluss der Politik auf die Unternehmensführung.<sup>6</sup> Dabei wird jedoch bisweilen außer Acht gelassen, dass es einer differenzierten Auseinandersetzung mit der Frage bedarf, wann ein Unternehmen dem Staat, d. h. der staatlichen Sphäre, zugeschrieben werden kann.

Die Notwendigkeit einer konsistenten Klärung dieser Frage ergibt sich neben einer gegenüber der Einzelfallbetrachtung verbesserten Rechts- und Planungssicherheit für die betroffenen Unternehmen insbesondere aus den folgenden zwei Aspekten: Zum einen ist dies deshalb relevant, weil sich der Staat anderen Anforderungen in Bezug auf Grundrechte und die demokratische Legitimierung gegenüber als die in der privaten Sphäre verorteten Unternehmen. Anders als Letztere unterliegen alle staatlichen Einheiten den öffentlich-rechtlichen Bindungen und sind dem Allgemeinwohl verpflichtet. Für Eisenbahnunternehmen in Staatsbesitz könnte dies beispielsweise bedeuten, dass sie selbst für den Erhalt der Infrastruktur und für ein entsprechendes Zugangebot zu sorgen haben.<sup>7</sup> Nur durch die Klärung des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft und die Identifizierung staatlicher und gesellschaftlicher Akteure können im Sinne eines konsistenten Staatsverständnisses systematisch entsprechende rechtliche Folgen wie etwa die Grundrechtsberechtigung eines Subjekts oder seine prozessuale Behandlung daran geknüpft werden. Zum anderen spielt die Unterscheidung auch vor dem Hintergrund der im Vordringen befindlichen und höchst aktuellen Debatte um Public Private Partnership-Projekte eine nicht zu unterschätzende Rolle als Vorfrage.<sup>8</sup> Denn eine öffentlich-private bzw. staatlich-gesellschaftliche Partnerschaft setzt die Unterscheidbarkeit der Partner logisch voraus.

Es bedarf daher einer systematischen verfassungsrechtlichen Herangehensweise, die das öffentlich-rechtliche und privatrechtliche Verhältnis von Staat und Gesellschaft zueinander klärt. Was macht eigentlich ein „Staatsunternehmen“ aus? Ab wann gehört es zur staatlichen Sphäre, und welche Kriterien sind dafür relevant? Kann ein Unternehmen mit dem Staat und dessen politischen Kalkülen gleichgesetzt werden, nur weil dieser mehrheitlich beteiligt ist? Welche Kriterien sind dabei Voraussetzung und welche sind Folge der Staatlichkeit? Bestehen diesbezüglich nennenswerte Unterschiede zwischen Deutschland und Russland oder kann ein einheitlicher Ansatz gefunden werden? Es ist das Ziel dieser Arbeit, einen Beitrag zur Beantwortung dieser Fragen zu leisten.

---

<sup>6</sup> Vgl. etwa *Steinbrück, Pronold*, zum Mainzer Hauptbahnhof nach *Zeit* online vom 13.08.2013, abrufbar unter <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2013-08/bahn-bruederle-boerse>; [zuletzt aufgerufen am 19.01.2018]; siehe auch BT-Drucks. 17/8570, 1, 3 zur staatlichen Einflussnahme auf die DB.

<sup>7</sup> Diesen Gedanken wirft auf *Kramer*, in: Bayreuther (Hrsg.), *Sozialeinrichtungen*, S. 119 f.

<sup>8</sup> Vgl. zur Aktualität in der Forschung statt vieler *Weikum-Groß*, *Public Private Partnership; Levin, Soči*, S. 31: „Von einer Public-Private (öffentlich-privaten) Partnerschaft kann nur dann gesprochen werden, wenn auf einer Seite ein öffentlicher (d. h. staatlicher) Akteur und auf der anderen Seite zumindest ein [privater] Akteur beteiligt ist.“

## B. Der bisherige Forschungsstand

### I. Die russische Literatur

In der russischen Literatur existiert eine Reihe von Aufsätzen und Monographien zu staatlichen Betrieben und Stiftungen. Bisher wurden diese Institute primär aus zivilrechtlicher Perspektive beleuchtet. Das Verwaltungsrecht steckt in Russland historisch bedingt noch in den Kinderschuhen und konzentriert sich weniger auf die Rechtssubjekte als auf die Verwaltung staatlichen Eigentums.<sup>9</sup> Eine umfassende verwaltungsrechtliche Theorie zur Beteiligung des Staates in der Wirtschaft fehlt. Hervorzuheben sind daher Ansätze, welche die theoretischen Grundlagen des Verwaltungsrechts und der Leistungsverwaltung teilweise mit rechtsvergleichendem Ansatz beleuchten.<sup>10</sup> Dabei tritt das Verhältnis von Bürger und Staat im Rahmen der Grundrechtsforschung auf der einen und des Verwaltungsrechts auf der anderen Seite immer mehr in den Fokus. Besondere Aufmerksamkeit wird hierbei auch dem Verhältnis von Wirtschaft und Staat geschenkt.<sup>11</sup> Auch die Themen der Privatisierung und der Public Private Partnership werden aus verwaltungsrechtlicher Perspektive behandelt. Besonderes Augenmerk gilt den staatlichen Korporationen, die zunehmend auch aus öffentlich-rechtlicher Sicht Beachtung finden.<sup>12</sup> Sie stehen in Zusammenhang mit der vielbeachteten Diskussion um das Institut der juristischen Person des Öffentlichen Rechts, die ihrerseits in zahlreichen Aufsätzen, Monographien und Dissertationen thematisiert wurde.<sup>13</sup> Der umstrittenen Fragestellung, wann ein Rechtssubjekt nicht als rein privatrechtlich angesehen werden kann, liegt letztlich die Frage zugrunde, wann die Person nicht mehr privat ist. Auch wenn dies so kaum benannt wird, geht es in der Sache nicht nur um das Rechtsregime, sondern um die Staatlichkeit einer rechtlich selbstständigen Person. Dabei wird weitgehend außer Acht gelassen, welche Konsequenzen sich aus der Einordnung einer wirtschaftlichen Einheit als juristischer Person (des Öffentlichen Rechts) und ihrer Zuordnung zum öffentlichen Sektor ergeben. Insbesondere die Frage nach der Grundrechtsbindung wird nicht gestellt. Bisher wird nicht zufriedenstellend beantwortet, wie die Verantwortlichkeit des Staates für seine Aufgaben nach einer ‚Privatisierung‘ oder Delegation auf selbstständige Rechtssubjekte aufrechterhalten werden kann, auch wenn diese Problematik zunehmend erkannt wird. Zu kurz kommt vor allem die sich an die Behandlung der staatlichen Korporationen anschließende Frage nach dem öffentlich-rechtlichen Umgang mit privatisierten, im Staatseigentum befindlichen Aktiengesellschaften wie der Russischen Eisenbahn (RŽD).

---

<sup>9</sup> *Vinnickij*, Gosudarstvennaja Sobstvennost’.

<sup>10</sup> *Gricenko*, Sravnitel’noe konstitucionnoe obozrenie 2013, Nr. 2; *Vasil’eva*, Servisnoe gosudarstvo.

<sup>11</sup> *Talapina*, Publičnoe pravo i ékonomika.

<sup>12</sup> Vgl. *Gadžiev*, Očerki konstitucionnoj ékonomiki

<sup>13</sup> *Čirkin*, Juridižščoe lico publičnogo prava.